

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lebküchler, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Schokoladen- u. Kakesindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2.

Offizielles Organ der Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Dresden), Lillengasse Nr. 12.

Insertionspreis pro dreigezaltene Petitzeile 50 Pfg., für die Zeilenstellen 30 Pfg.

Sturm

Lang schon lag auf der Lauer,
Leise sausend,
Heimlicher Sturm.
Plötzlich, näher und näher brausend,
Ueberfällt er die Welt.

Frühlingschauer
Bringt er dem atemschöpfenden Land.
Sturm.

Was in verzehrender Sehnsucht harrte,
Schier begraben in schweigender Qual,
Was die luftspiegelnde Hoffnung narrte,
Hebt die Häupter mit einemmal.

Aus der lähmend erzwungenen Stille
Endlich laut gebrochenem Bann
Schwillt des Lebens erlösender Wille
Wieder höher und höher an.

Denn nur Hörige dulden gelassen,
Was des Rechtes Würde verhöhnt,
Freiheitliebende Menschen hassen,
Was die Unbill mit Unbill krönt.

Seht, ein Sturm ist langsam gekommen,
Heuer bläst er gewaltig ins Horn,
Wer hinhörchte, hat längst ihn vernommen —
Länder reinigt sein herrlicher Zorn.

Karl Henckell.

Am 1. Mai.

Am 1. Mai jedes Jahres demonstriert die internationale Arbeiterschaft in Schrift und Wort für ihre großen Kultur-Ideale. In ihrer täglichen, rastlosen, wertschöpfenden Arbeit, in ihrem nie ruhenden Bemühen, schon der Jetztzeit etwas Menschentum abzurufen, atmet sie gleichsam auf und bekräftigt nach außen hin ihren welterobernden Willen. Mag der einzelne den Tag äußerlich zum Festtag machen oder nicht, mag er die Hände ruhen lassen oder im Zwange der Abhängigkeit seine Stunden mit der gewohnten Alltagsbeschäftigung füllen — Geist und Gefühl feiern diesen Tag in dem Bewußtsein, Mitkämpfer, Mitstrebender zu sein in der großen Armee, die die Leiden der Lohnsklaven in der Gegenwart mildern, die eine freie, sonnige Zukunft schaffen will.

Am 1. Mai überschaut man in Gedanken unwillkürlich den zurückgelegten Weg und mißt ihn an den Forderungen des Tages. Und die Fragen stehen wohl auf: Kommen wir weiter? Sind wir auf der richtigen Straße, die praktische Erfahrung und theoretisches Erkennen uns vorschreiben?

Man kann diese Fragen für die gesamte internationale Arbeiterschaft leider nicht rundweg bejahen. In einigen Nationen herrscht eine bedauerliche Berklüftung in den Meinungen und, was schlimmer ist, Ungeschlossenseit im Kampf. Großenteils sind es Kinderkrankheiten, die wir in Deutschland glücklich hinter uns haben. Und wenn auch bei uns noch mehr gestritten wird als nötig ist, so können wir doch mit frohem Stolz auch an diesem 1. Mai konstatieren: die freie deutsche Arbeiterbewegung ist die Bewegung eines Körpers, einer Armee, einer Macht.

Alle Versuche, diese Macht zu spalten, in einzelne Teile zu zersplittern, um dann mit diesen Teilen desto eher fertig zu werden, sind schmählich mißlungen. Vielmehr bewahrheitet sich auch an ihr das naturwissenschaftliche Gesetz, daß die Anziehungskraft eines Körpers mit seiner Macht wächst.

Auch das Bestehen christlicher, polnischer, Girsch-Dunderlicher Organisationen — von den ekelhaften gelben Streikbrecherverbänden ganz zu schweigen — ändert nichts an der Tatsache, daß die freien Gewerkschaften und sozialdemokratischen Organisationen die deutsche Arbeiterbewegung sind, das heißt die einzige, die voller Ernst und Nachdruck die Interessen der arbeitenden Klasse wahrnimmt und darum die bei weitem bedeutendste Werkkraft entfaltet.

Die Logik der Tatsachen, die Lehre der Erfahrungen sprechen mit deutlicher Stimme, und der immer wiederholte Anschauungsunterricht, den unsere Kämpfe auch den Zweifelnden oder Fernerstehenden geben, zwingt zu der Erkenntnis, daß der Eroberungswille der deutschen Arbeiterklasse sich die einzig mögliche Kampfform geschaffen hat und daß ihre besten Erfolge auf ihr basieren.

Den jüngeren Mitgliedern namentlich mag es zuweilen scheinen, als sei das Erreichte gering — und ganz gewiß ist es ja, daß wir alle noch mehr und größere Erfolge wünschen. Aber man soll die Größe des Errungenen doch nicht allein an den Wünschen, sondern vor allem auch an den Schwierigkeiten des Weges messen. Wer sich diese recht bergegenwärtigt, der muß sagen: es ist ein gewaltiges Stück Arbeit getan.

Was heute in den meisten Berufen eine Selbstverständlichkeit ist: daß die Arbeiter bei der Festsetzung der Lohn- und sonstigen Arbeitsbedingungen in aller Form

mitsprechen, das ist ehemals ein schöner Traum gewesen. Ein Traum, den die Bewegung zur Wirklichkeit gemacht und damit die prinzipielle Grundlage für die weitere Entwicklung geschaffen hat.

Wie manche Position, die unter günstigen Konjunktur- oder Saisonverhältnissen errungen wurde, mußte nach dem Schwinden dieser günstigen Umstände widerstandslos aufgegeben werden — ein Rückgang, den unsere Organisationen von heute doch fast allgemein zu verhindern wissen.

Die moderne Gewerkschaftsbewegung hat den aufreibenden Kleinkrieg wesentlich eingeschränkt, hat stabilere Verhältnisse geschaffen und das Schlachtfeld zu großen, entscheidenden Kämpfen freigemacht, die von beiden Seiten mit Hartnäckigkeit geführt werden und den Einsatz aller Kräfte erfordern.

Die immer wieder zum Vorschein kommende Tendenz des Unternehmertums, den Einfluß unserer Organisationen auf die Arbeitsbedingungen auszuschalten oder doch nach Möglichkeit zu verringern, ist ein hoffnungsloses Beginnen, weil sich allen Vorstößen nach dieser Richtung hin die geschlossene Kraft der stark gewordenen Gewerkschaften entgegensetzt.

Diese Stärke ist auch eine Garantie dafür, daß wir das wirtschaftliche Hauptideal der Maidemonstration — den Achtstundentag — einst verwirklichen werden. Mögen manche Leute das heute noch eine „Utopie“ nennen — der Zehn- und Neunstundentag waren auch einmal „Utopien“ und haben sich inzwischen zu schönster Wirklichkeit gestaltet. Es gibt keine Propheten, die uns das Kalenderjahr der Erfüllung im voraus bestimmen können, aber es wird kommen. Jede große Bewegung hat und muß haben ein großes Ziel, das im Bereich des Möglichen liegt und

Die Frage nach der Länge des Arbeitstages ist die Frage nach dem Stand der Zivilisation.

Brentano.

dessen Erreichung in erster Linie abhängig ist von der Macht dieser Bewegung. Sie stärken, sie mit allen Kräften fördern, heißt darum für Gegenwart und Zukunft arbeiten. Jede halbe Stunde, die wir der Lohnklaberei abzwacken, wird zu einer neuen Quelle unserer Kraft. Die Stärke der Bewegung gebiert neue Stärke. In dieser notwendig fortwährenden Verjüngung liegt die Gewähr für unsern zukünftigen Sieg.

So überschauen wir denn am heutigen Freitag unser Feld mit frohem Blick und sehen die Saaten der Hoffnung sprießen. Und wir sehen auch, wie auf politischem Gebiet die reichen Keime, die planvolle Tätigkeit in den Acker gesenkt, in die Halme schießen und eine Zeit der Ernte versprechen.

Es ist ein beliebter Taschenspielertrick unserer Gegner, immer wieder von der negativen Tätigkeit der Sozialdemokratie zu reden. In Wirklichkeit sind sie es, die dem positiven Geist die Wirksamkeit verjagen. Wer die Verhandlungen in den Parlamenten verfolgt, der weiß, daß die Feinde der Arbeiterschaft mit ängstlicher Beflisshenheit bemüht sind, jeden positiven Erfolg unserer Vertreter zu verhindern — selbst dann, wenn er ihnen praktisch keine oder nur geringe Beschwerden verursachen würde. Man will diese Erfolge nicht, weil man ihre agitatorische Wirkung fürchtet. Noch mehr: überall, wo die positive Arbeit der aufstrebenden Klasse vordringt, werden künstliche Schranken errichtet. Man denke nur an die neue Reichsversicherungsordnung, die darauf ausgeht, bewährte Kräfte lahmzulegen!

So erbärmlich diese Haltung der Gegner ist, sie hat ihre Erklärung in ihrer Schwäche. Ihre politische Existenz war nie bedrohter als jetzt; nie haben die Brot- und Fleischwucherparteien, nie hat das herrschende reaktionäre Element sich in einer derart fatalen Klemme befunden wie heute. Ihre gar zu positiven Taten beginnen sich zu rächen. Und das Volk strömt in hellen Haufen unter die rote Fahne der „Regierer“.

Die Regierer aber packt Furcht und Grauen, und sie suchen mit List und Gewalt den drohenden Ansturm zu brechen. Entrechtung heißt ihr einziges Mittel.

Aber wenn die gewerkschaftliche Bewegung mit den brutalsten wirtschaftlichen Maßregeln und Maßregelungen nicht niedergezwungen werden kann — wie will man der politischen Erregung Herr werden, die Millionen Seelen erfüllt und unangreifbarer ist als die wirtschaftliche Position des Arbeiters?

Sie können es nicht.

Ihre krampfhaften Bemühungen sind nur ein Beweis für die Stärke unserer Bewegung, die übrigens trotz allem auch zu positiven Ergebnissen gelangt.

Um auch hier in bezug auf unsere Maidemonstration ein politisches Ideal anzuführen: wie hat man gespottet über die von uns geforderte Abschaffung der Kriege, über Abrüstung und Völkerverständnis! Heute ist bis weit in die bürgerlichen Kreise hinein die Erkenntnis gedrungen, daß der Krieg kulturwidrig und eine Institution sei, die ganz unnötige Opfer an Gut und Blut verschwendet. So bezeichnete vor kurzem der Berliner Professor Dr. Ostwald in einem Vortrage die Annahme geradezu als töricht, daß der Krieg zu Männlichkeit und Tapferkeit erziehe. Eine Nebenart nannte er das, die vielleicht vor fünf Jahrhunderten einmal Geltung gehabt habe. Und meinte: sogar die deutsche Einigkeit wäre ohne die Blutopfer von 1870/71 möglich geworden, wenn der preussische König 1848 nicht so auf sein Gottesgnadentum gepocht, sondern die Kaiserkrone von Bismarck gnaden angenommen hätte.

In Erinnerung ist ferner die im Februar d. J. in der französischen Kammer angenommene Resolution, worin die Regierung aufgefordert wird, im Einvernehmen mit den verbündeten und befreundeten Mächten die gleichzeitige Einschränkung der Rüstungen auf die Tagesordnung der nächsten Haager Friedenskonferenz zu setzen. Das englische Parlament ferner hat einem Antrag zugestimmt, der die großen Rüstungen bedauert und ausspricht, daß das Unterhaus die Herbeiführung einer internationalen Vereinbarung zwecks Beschränkung der Rüstungen willkommen heißen würde. Ja, sogar die Mehrheit des Deutschen Reichstages hat in einer Resolution ihre Bereitwilligkeit erklärt, über die Begrenzung der Rüstungen und den Abschluß von Schiedsgerichtsverträgen zu verhandeln.

Also auch hier ein langsames, aber sicheres Fortschreiten einer Idee, für die wir am ersten Mai demonstrieren; auch hier die wachsende Tendenz, einen „schönen Traum“ allmählich zu verwirklichen, den alle Welt einst mit Wohlgefallen begrüßt!

Kommen wir weiter?

Sind wir auf dem richtigen Wege, den praktische Erfahrung und theoretisches Erkennen uns vorschreiben?

Werden unsere Mai-Ideale sich verwirklichen?

Wir glauben: wenn die deutsche Arbeiterklasse die großen Linien ihrer Entwicklung prüft, dann darf sie auch den heutigen internationalen Feiertag der Arbeit mit gutem Gewissen, mit frohem Sinn begehen und kann auf jene Fragen mit einem ruhigen, aber festen „Ja!“ antworten.

Kampfesstimmung im Unternehmerlager.

Die bevorstehenden Lohnkämpfe im Bäckergewerbe haben wieder den ganzen Unternehmertroß mit den gelben Trabanten mobil gemacht. Nicht etwa nach der Richtung hin wird in den Unternehmerrundungen den zeitgemäßen Forderungen der Gehilfenschaft das Wort geredet, daß den berechtigten Wünschen Rechnung getragen werde und endlich eine Reformierung der veralteten Lohn- und Arbeitsbedingungen Platz greifen soll, sondern recht kräftig wird in die Kriegstrompete gestoßen, um das Unternehmertum zum äußersten Widerstand aufzupeitschen. Die Betrachtungen, die hierbei angestellt werden, gleichen den früheren wie ein Ei dem andern. Die Herrschaften können nicht begreifen, daß auch der Gehilfe mit den heutigen Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht mehr zufrieden sein kann, sondern sich durch seine Organisation Verbesserungen erringen will. Sie leben noch in denselben Wahneideen wie ihre Vorfahren, der Arbeiter müsse mit dem vorliebnehmen, was der Unternehmer für zweckmäßig erachtet, und das schlechteste sei eben gut genug für die Gehilfen.

Nur haben sich in den letzten Jahren die Zeiten merklich geändert. Alle Schichten streben eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage an, überall wird der organisatorische Zusammenschluß propagiert und an tausendfältigen Beispielen bewiesen, welche Kraft in den Zusammenschlüssen vorhanden ist. Die Beschäftigten in den Bäckereien haben lange diesen Wert nicht erkannt und sind immer wieder den verlockenden Versprechungen der Unternehmer gefolgt, die darauf ausgingen, eine geschlossene Einigkeit unter der Gehilfenschaft zu vereiteln. In den letzten Jahren ist eine Besserung in jeder Beziehung eingetreten. Was die Aufklärungsarbeit nicht allein fertig brachte, ist durch die unveranschämte Belastung mit indirekten Steuern in den letzten Jahren erreicht worden. Der Vorgang mußte dem Gleichgültigsten die Augen öffnen und Tausende ihrer Berufsorganisation zuführen.

Die Unternehmer wissen das nur zu gut; sie müßten doch mit Blindheit geschlagen sein, wenn sie nicht die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in den letzten Jahren an ihren Augen vorüberziehen gesehen hätten. Jedoch fällt es ihnen nicht ein, aus diesem Vorgang Lehren und Nutzen anzuwenden zu ziehen. In der gleichen Weise, wie früher über die kleine Organisation gespottet wurde, versuchen sie heute, mit den gemeinsten Mitteln die Bewegung niederzuznippeln. Aus eigener Kraft sind sie nicht imstande, ihre Pläne auszuführen, dazu müssen Ersatzkräfte aus den Reihen derjenigen genommen werden, welchen der Kampf gilt. Die Opfer und Mühen, welche die Unternehmer nach der Richtung schon aufbrachten, hier auszusprechen, würde zu weit führen. Erinnern wollen wir bei dieser Gelegenheit an die von Unternehmern ausgehaltenen Streikbrechergarden und die im Unternehmertum stehenden Anführer der Streikbrecherkolonnen. Dieses unsagbar traurige Gebilde führt ein richtiges Schmarozkerleben und saugt wie Blutegel an der Kraft der Gehilfenschaft. Überall dort, wo sich die Kollegen aufrufen und an die Unternehmer Forderungen stellen, um ihr tieftrauriges Dasein einigermaßen zu lindern, kommen die gelben Vampire auf Geheiß ihrer Geldspender aus ihrem Versteck und fallen den Arbeitbrüdern in den Rücken. Das Unternehmertum hat sich bis jetzt mit dieser Gesellschaft noch keine Lorbeeren holen können. Erreicht hat sie eine noch größere Erbitterung in den Reihen der rechtschaffenen Kollegen und um so jähres Festhalten an den Forderungen.

Das vergangene Jahr mit den erbitterten Kämpfen hätte doch das reaktionäre Unternehmertum eines andern belehren sollen. Bei allen Kämpfen hat es doch spöttisch abgesehen; ihre Hilfstruppe hat elend versagt. Man hätte somit annehmen können, daß in diesem Jahre die Unternehmerorganisation nicht mehr die verrosteten Waffen aus der Kumpfkammer hervorholen würde, um damit gegen uns ins Feld zu ziehen. Darin hat sich mancher getäuscht. In mächtigen Tönen schmettern die Unternehmerrundungen die Farsare in die Lande hinaus, um ihre Anhänger zum äußersten Widerstand aufzupeitschen. Ein Unternehmerblatt überbietet das andere, um sich in der Rolle der scharf-macherischen Bestrebungen zu gefallen; die diversen Privatunternehmungen als Herausgeber von Innungszeitschriften laufen sich förmlich den Rang ab, in den kräftigsten Tönen gegen unsere Organisation und die bevorstehenden Lohnkämpfe zu hetzen. Die ganze Schlammflut von Gemeinheiten und Verleumdungen wird auf die Gehilfenschaft geleitet, die sich nun „erfrecht“, an das Unternehmertum mit Forderungen heranzutreten. Und alle diese Subleien finden ein willfähriges Ohr bei den Unternehmern, die gewohnt sind, die Gehilfen als Menschen zweiter Klasse zu betrachten. Wir wollen hier eine Notiz wiedergeben, welche vor Ostern den Mundgang durch die Innungspresse machte und mit schmerzhaftem Behagen aus der „Internationalen Rundschau“ übernommen wurde. Dort wird folgendes zusammengefaßt:

„Betrachten wir doch einmal diese sogenannten Lohnbewegungen. Der größte Teil der Gehilfen ist heute bereits so weit aufgeklärt, daß sie sich bestens bedanken, auf Wunsch einzelner Führer in einen Streik einzutreten, von dem sie genau wissen, daß er ihnen nur Nachschläge, aber an allerwenigsten Vorteile und goldene Berge bringt. Mancher ältere Werkmeister hat von den letzten Streiks gerade noch

genug. Mit schwerer Mühe bekam er wieder eine geeignete Stellung. Not und Sorge waren bei ihm eingelehrt, zumal wenn er für Unterhalt einer Familie zu sorgen hatte. So mancher kann da ein trauriges Lied singen. Wenn jetzt der Verband von neuem an ihn herantritt, so sind wir überzeugt, daß er ihm die richtige Antwort geben wird. Bekanntlich geht der rote Verband bei Verfolgung seiner Ziele auch über Leichen, d. h. über solche, die er mit brutaler Gewalt ihrer Existenz beraubt. Es ist ihm auch wohl bekannt, daß er heute, wo die Gehilfen zum großen Teil aufgeklärt sind, mit einem Streik nichts erreichen kann, und so wird eben das Machtmittel des Boykotts angewandt. Aus der angeblichen Streikbewegung, denn in einigen Fällen legten nur einzelne Gehilfen die Arbeit nieder, z. B. in Stettin 1909, wird eine Boykottbewegung mit Unterstützung der gesamten sozialdemokratischen Partei in Szene gesetzt. Weiber hat hier das Gesetz derart weite Rücken, daß die Gegner ohne Behinderung den krassesten Druck auf den Handwerker ausüben können, um diesen unterzukriegen. Hier stoßen wir wieder auf die herrlichen Zustände im Deutschen Reich, die darin bestehen, daß Kleinhandwerker und deren Gehilfen, die sich dem sozialdemokratischen Zwange nicht fügen wollen, schuldlos dem Gegner preisgegeben sind. Wollen sie nicht verhungern, müssen sie sich dem Druck fügen.“

Aus jeder Zeile dieser Notiz grinst die niederträchtigste Verleumdung gegen die Gehilfen hervor, die ebenfalls das Recht für sich in Anspruch nehmen, als Menschen behandelt zu werden. Wer von den Unternehmern glaubt, durch diese Verleumdung unserer Organisation würden die bevorstehenden Lohnkämpfe für uns mit einer Niederlage enden, der ist auf dem Holzwege. Das Gegenteil wird mit Bestimmtheit eintreten. Die zufriedenen Gehilfen werden aufgepeitscht und sich den Reihen der kämpfenden Kollegen anschließen; mit viel größerer Erbitterung und Zähigkeit wird der Kampf auf der ganzen Linie entbrennen, um so nachhaltiger wird die Unterstützung der gesamten organisierten Arbeiterschaft auf unserer Seite sein. Sind die Unternehmer wirklich so hirnlos, daß sie der Meinung zuneigen, durch solche blöde Tiraden werde unserer Bewegung, die aus den tiefstrahlenden Verhältnissen im Berufs herauswächst, Abbruch getan? Glauben die Führer tatsächlich, die Gehilfenschaft ließe sich durch diesen Verleumdungsfeldzug, wie er von einigen elenden Kreaturen in der Unternehmerpresse veröffentlicht wird, einschüchtern und fronde zeitens als Varias?

Wer Wind sät, wird Sturm ernten! Das wird auf der ganzen Kampfeslinie zutreffen. Die kommenden Tage werden manche Ueberraschung bringen; es wird ein Ringen werden um unsere heiligsten Menschenrechte und dabei gibt es kein Zurück. Das Unternehmertum hat uns lange genug entrecht, lange genug ausgebeutet; nun fordern wir unsere Rechte, weil wir es satt haben, uns noch länger schurkelteln zu lassen. Nun fordern wir das, was andere Arbeiter schon längst haben: eine menschenwürdige Behandlung, einen auskömmlichen Lohn, eine angemessene Arbeitszeit und die sechstägige Arbeitswoche. Sollen wir immer die von der menschlichen Gesellschaft Ausgestoßenen sein? Sollen wir niemals Anteil nehmen an der Kultur?

Verbandsmitglieder, seid auf dem Posten! Die kommenden Tage müssen Euch veranlassen, Euren kämpfenden Brüdern die größten Dienste zu erweisen.

Zur Beurteilung moderner Lohnbewegungen.

II.

Wesentlich anders als über das Festhalten an den einmal errungenen Löhnen urteilt Herr Dr. Wolff über das Eringen höherer Löhne bei gleichbleibenden Lebensbedingungen. Bekanntlich haben die Gewerkschaften nicht nur das Bestreben, eine Verschlechterung der Lebenshaltung ihrer Mitglieder abzuwehren, sondern sie sind stets darauf aus, sofern es die geschäftliche Konjunktur und die Stärke der Organisation gestattet, die Lebenshaltung der Mitglieder durch Erämpfung eines höheren Lohnes zu heben. „Hierbei ist erfahrungsgemäß davon auszugehen“, heißt es in dem Artikel, „daß die Arbeiterorganisationen bei Einleitung einer Lohnbewegung naturgemäß fast stets über das nach obigem zunächst berechnete Maß hinausgehen; das Bestreben, in erhöhtem Maße an den Fortschritten der Bildung, des Komforts, der Lebenshaltung, der Gesundheitspflege und vor allem den Genussmitteln teilzunehmen, das Niveau der ganzen Lebenshaltung zu erhöhen, ist von dem Standpunkte des Winderbittelsten begreiflich. An diesem Punkte setzt aber der Konfliktstoff zwischen Arbeitgebern und Arbeitern meist ein. Bei ihren Forderungen berücksichtigen die Arbeiter vielfach nicht die Lage der Unternehmer selbst genügend, zumal sie nicht berart mit dem inneren Zusammenhang der verschiedenen Vorgänge bei der Produktion vertraut sind, um die Tragweite der Lohnerhöhung und damit die Steigerung der Produktionskosten überhaupt zu beurteilen. Die innere feine Struktur eines Betriebes kennen nur wenige; nur wenige erkennen, wie ein geringes Abweichen von dem nur dem Leiter erkennbaren Pfad des Notwendigen die ganze Rentabilität des Unternehmens in Frage stellen kann. Hier ist sonach der Punkt, wo der Widerstand des Unternehmers einsetzt. Eine Erhöhung der gesamten Lebenshaltung der Arbeiter über das nach den obigen Ausführungen hinausgehende Maß hinaus darf derselbe nur dann zubilligen, wenn es tunlich ist, ohne die Lebensbedingungen der Anteilhaber des Unternehmens gleichfalls zur Verminderung ihres einmal in der Volkswirtschaft eingenommenen Standard zu nötigen bezw. ohne die Rentabilität des Unternehmens zu gefährden. Der Leiter eines Unternehmens hat, wie ein sorgfältiger Kaufmann, über das ihm anvertraute Gut zu wachen; er hat einerseits die Pflicht, anzustreben, daß seine Mitarbeiter, bis zum geringsten Hilfsarbeiter herab, in ihrer

Wir fordern deshalb: Verkürzung der Arbeitszeit! Heraus mit dem Ruhetag!

Lebenshaltung nicht beeinträchtigt werden, daß sie den einmal eingenommenen Standard bewahren können. Darüber hinaus darf er aber nur dann gehen, wenn nicht dadurch die Lebenshaltung der andern Beteiligten reduziert und die Rentabilität des Unternehmens gefährdet wird. In der Volkswirtschaft eines ganzen Volkes ist das Mitglied von einmal hergebrachter höherer Konsumfähigkeit von der gleichen Wichtigkeit wie dasjenige von geringer Konsumfähigkeit. Diese Gesichtspunkte darf ein Unternehmen nicht außer acht lassen, zumal dann, wenn die Arbeitslöhne in einem längeren Zeitraum mehr gewachsen sind als die Preise der notwendigen Lebensmittel."

Offenbar geht hier die Objektivität des Herrn Syndikus, die er bisher zur Schau trug, ganz elend in die Brüche. Allerdings will er das Streben der organisierten Arbeiter nach einer höheren Lebenshaltung nicht rundweg verdammen. Aber es ist nur dann berechtigt, wenn die Lebenshaltung des Unternehmers dadurch nicht beeinträchtigt und der Ertrag seines Unternehmens nicht vermindert wird. Das heißt also auf gut deutsch: Eine Verbesserung der proletarischen Existenzbedingungen auf Kosten des Unternehmertums ist unberechtigt, sie ist nur dann berechtigt, wenn die Arbeiter imstande sind, die erhöhten Löhne durch eine erhöhte Leistung wieder auszugleichen; der Unternehmer darf in keinem Falle an seinem Profit Einbuße erleiden.

Diese Auffassung ist in verschiedener Beziehung unrichtig und darum unhaltbar. Zunächst widerspricht es der sozialen Moral, daß die Arbeiter trotz ihrer durchaus berechtigten Ansprüche an die Erzeugnisse einer erhöhten Kultur doch davon ausgeschlossen sein sollen, wenn dadurch die um so viel höhere Lebenshaltung der Unternehmer ungünstig beeinflusst werden könnte. Ein Vergleich zwischen der Lebensweise eines kapitalistischen Unternehmers, wie sie uns auf Schritt und Tritt in die Augen fällt, und der Lebensweise der breiten Schichten des Volkes, beleidigt unstreitig das Gerechtigkeitsgefühl, und fordert die schärfste Kritik heraus. Vom Standpunkte der Sozialmoral aus erscheint es durchaus unbillig, daß die Massen der Proletarier sich mit ihren erbärmlichen Existenzbedingungen zufrieden geben sollen, damit die Oberschichten auch weiterhin in Luxus und Wohlleben verbleiben können. Ein gerecht und unparteiisch denkender Mensch — von einem Menschen mit wahrhaft christlichen Grundsätzen ganz zu schweigen — wird es für durchaus berechtigt finden, daß die Proletarier, die die schweren, unangenehmen und langwierigen Arbeiten verrichten, in ihrer Lebenshaltung emporsteigen, selbst wenn auch die Kapitalisten, denen die Früchte der Arbeit in den Schoß fallen, ein wenig von ihrem Ueberfluß abgeben müßten. Der Standpunkt des Herrn Syndikus ist ja ein Hohn auf das soziale Empfinden, wie es sich in der staatlichen Sozialpolitik bemerkbar macht, und wenn die Lage der Arbeiter nur verbessert werden darf, ohne daß das Kapital Opfer bringen muß, so pfeifen wir auf die ganze Sozialreform.

Aber auch vom Gesichtspunkte einer gesunden Volkswirtschaft aus läßt sich die Ansicht des Herrn Syndikus keineswegs rechtfertigen. Da wir im Zeitalter einer fortwährend gesteigerten Massenproduktion leben, so ist eine Steigerung der Massenfaktorkraft, die auf der stufenweisen Lohnerhöhung beruht, eine unabwendbare Notwendigkeit. Wenn die Massenfaktorkraft mit der Massenproduktion nicht gleichen Schritt hält, so entsteht ein Mißverhältnis, das von Zeit zu Zeit die wirtschaftlichen Krisen hervorrufen muß. Diese modernen Wirtschaftskrisen, die eine schmerzliche Folge der Ueberproduktion resp. der Unterkonsumtion sind, haben ihre tiefere Ursache in den niedrigen Löhnen der proletarischen Massen; sie würden noch viel schärfer einsetzen und noch viel verheerender wirken, wenn es nicht in den letzten Jahrzehnten den Gewerkschaften gelungen wäre, wesentliche Erhöhungen der Geldlöhne durchzusetzen. Volkswirtschaftlich macht es einen großen Unterschied aus, ob 1000 Arbeiter je M 100 im Jahre mehr verdienen, oder ob ein Kapitalist M 100 000 Profit in die Tasche steckt: die M 100 000 Arbeiterlöhne bedeuten eine Steigerung der Massenfaktorkraft, weil sie zum allergrößten Teil wieder in das Wirtschaftsleben zurückfließen und für notwendige Lebensmittel verausgabt werden; die M 100 000 Unternehmergewinn werden nur zum allergeringsten Teil zur Befruchtung des Wirtschaftslebens verwendet, sie werden teils zum Kapital geschlagen, teils für Luxus verausgabt, so daß die Betriebe, in denen Massenfaktorkraft hergestellt werden, wenig oder gar nichts davon haben; auch den kleinen Gewerbetreibenden ist es dienlicher, wenn die Arbeitslöhne steigen, als wenn das Kapital Riesengewinne in seine Tasche steckt.

Vor allen Dingen aber ist der Standpunkt des Herrn Syndikus Dr. Wolff deshalb durchaus unhaltbar, weil es an jeglichem Maßstabe fehlt, um über die Berechtigung oder Nichtberechtigung einer Lohnforderung in einem bestimmten Falle entscheiden zu können. Es klingt ja ganz schön, wenn er sagt, eine Lohnbewegung ist nur berechtigt, wenn sie keine Beeinträchtigung des Unternehmergewinns im Gefolge hat. Aber wer entscheidet, wann eine solche Beeinträchtigung eintritt? Offenbar ist der Unternehmer selbst die einzige maßgebende Instanz für diese Entscheidung, denn wer anders sollte wohl in der Lage sein, eine solche Entscheidung treffen zu können? Selbst wenn einem Unparteiischen die Bücher und die Bilanzen eines Betriebes vorgelegt würden, so liegt doch die Möglichkeit vor, daß sein Urteil durch Schiebungen und Verschleiern getrübt wird. Man weiß ja, wie die Bilanzen gemacht werden und wie ein schlauer Geschäftsmann imstande ist, durch Abschreibungen usw. einen größeren oder kleineren Ueberfluß herauszurechnen.

Denken wir uns einen Fall, an dem wir die Unrichtigkeit der Wolffschen Theorie klarmachen wollen. Die Arbeiter eines Betriebes treten, gestützt auf eine starke gewerkschaftliche Organisation, an ihren Arbeitgeber heran und fordern eine Lohnerhöhung. Sie werden ablehnend beschieden, weil der Arbeitgeber erklärt, daß sein Betrieb die Mehrausgabe an Lohn nicht tragen könne, ohne daß die Rentabilität darunter leide. Die Arbeiter sind entgegengesetzter Ansicht — wer soll nun entscheiden, auf welcher Seite das Recht liegt? Und wenn noch so viel Sachverständige herangezogen werden, der Arbeitgeber wird immer dabei bleiben, daß er außerstande sei, die erhöhten Löhne zu zahlen; die Arbeiter beharren auf ihrer gegenteiligen Meinung. Ist es nicht so bei fast allen bisherigen Lohnbewegungen gewesen? Haben nicht die Unternehmer jedesmal erklärt, sie wären ruinierte Leute, wenn sie die höheren Löhne zahlen sollten? Man lese doch nur eine Geschichte aller Lohnbewegungen früherer Zeit. Das wird selbst Herr Dr. Wolff nicht bestreiten; wäre seine Theorie schon früher maßgebend gewesen, so hätte es bisher noch niemals eine berechtigte Lohnforderung gegeben. Darum hält seine schöne Theorie vor der Praxis nicht stand, und es wird auch fernerhin so bleiben, wie es immer gewesen ist, daß die Lohnforderungen berechtigt sind, die die Arbeiter mit Hilfe ihrer Organisation durchsetzen können. Macht ist eben Recht und Macht verleiht Recht: haben die Arbeiter die Macht, eine Lohnbewegung siegreich durchzuführen zu können, so sind sie im Rechte. Wie bei den Kämpfen zwischen den Völkern, so heftet sich auch in den Lohnkämpfen immer der Sieg an „die gerechte Sache“, und nur der Starke, der den Sieg erringt, hat Recht, der Schwache hat stets Unrecht. Das müssen wir unsern Kollegen immer wieder zurufen: **Nicht das Recht des Arbeiters auf einen auskömmlichen, aufständigen Lohn spielt heutzutage die ausschlaggebende Rolle, sondern die Macht der Organisation bestimmt die Höhe des Lohnes und die sonstigen Arbeitsbedingungen.**

Unser Jahrbuch 1910.

Die Verbandsliteratur hat durch das Jahrbuch 1910 eine wertvolle Bereicherung erhalten. Auf 414 Seiten sind die wichtigsten Vorgänge neben dem Vorstands- und Kassenbericht in gedrängten Abhandlungen bearbeitet worden.

Seit jeher ist die Organisation bemüht, sich in die allgemeine Wirtschaftslage des Gewerbes zu vertiefen. Von Jahr zu Jahr wird jedoch das Eindringen in diese Materie komplizierter. Der gute und schlechte Geschäftsgang hängt von der allgemeinen Konjunktur aller Berufszweige ab. Stoch das Geschäftsleben in anderen Industrien, so erfolgen die Rückschläge auf unsern Beruf und umgekehrt; wenn dort Hochkonjunktur eintritt, so nimmt unser Gewerbe daran Anteil. Sehr wichtig für die Arbeiterbewegung ist ferner, den Rohproduktenmarkt überblicken zu können. Verzeichnet der Markt eine Preislenkung, um so größer ist der Reingewinn für das Unternehmertum; dann ist auch die Zeit am günstigsten, die Lohn- und Arbeitsbedingungen verbessern zu können. In einer solchen Periode befinden sich gegenwärtig das Bäcker- und Konditorgewerbe sowie die Großindustrie. Die Rohproduktpreise sind im vergangenen Jahr bedeutend gesunken, während die Verkaufspreise der fertigen Ware auf derselben Höhe blieben wie in den früheren Jahren.

Mit der Besserung der Konjunktur ist auch die Arbeitslosigkeit merklich zurückgegangen. Weniger in Erscheinung kommt das im Berufe selbst. Wir haben noch immer unter den Nachwehen der Krise zu leiden. In solchen Perioden ist bekanntlich der Zustrom von Lehrlingen weit größer als zur Zeit des flotten Geschäftsganges. Die Folge davon ist wiederum eine große Arbeitslosigkeit durch den starken Nachwuch. Die prozentuale Arbeitslosigkeit der Verbandsmitglieder übersteigt noch weit den Durchschnitt bei sämtlichen Organisationen. Es wird auch in den kommenden Jahren keine allzu große Veränderung in dem Beschäftigungsgrad eintreten; das Unternehmertum wird auch in der Folgezeit alles daransetzen, um die Lehrlingszuchterei aufrechtzuerhalten.

Die letzte Gewerbe- und Berufszählung 1907 hat manch wertvolles Material zu Tage gefördert. Ueberrascht war wohl keiner davon, denn unsere Erhebungen haben vor Jahren schon dasselbe Bild gezeigt. Alle Beschönigungsversuche der Unternehmer, das Gewerbe böle für alle Zeiten Aussicht zum „Selbständigwerden“, werden nicht besser widerlegt als durch die amtliche Erhebung. Unsere statistischen Arbeiten gewinnen um so mehr an Wert, als sie mit der amtlichen übereinstimmen. Im vergangenen Jahre wurde ebenfalls eine Umfrage vorgenommen. Das eingegangene Material aus den Verbandsorten ist in eine wertvolle Abhandlung mit zahlreichen Tabellen bearbeitet worden. Bei Vergleich mit den früheren Erhebungen ist diesmal die Arbeit die umfangreichste. Aus 378 Bezirken mit 1392 Städten und Orten sammelten die Verbandsfunktionäre das Material ein. Diese Arbeit wird uns noch manche nützliche Dienste bei der Agitations- und Organisationsarbeit erweisen.

Auf sozialpolitischem Gebiete war auch diesmal von keinem Fortschritt zu berichten; die Arbeiterschutzbestimmungen haben sich in der Form, wie sie erlassen wurden, überlebt, oder sie wurden durch die Forderungen des Verbandes schon längst überholt. Unserer Forderung: Gesetzliche Regelung der sechstägigen Arbeitswoche wurde auch im Vorjahre von der Reichsregierung nicht Rechnung getragen. Damit ist aber die Ruhetagsbewegung keineswegs erledigt; sie wird um so energischer einsetzen, als sich die Regierung dem Unternehmertum zuliebe gegen die Verwirklichung dieser

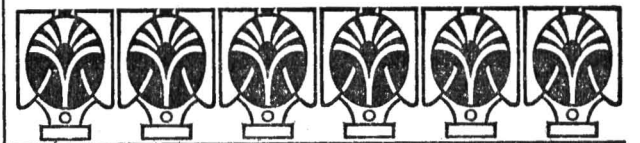
Kulturforderung sträubt. In einzelnen Regierungsbezirken des Rheinlandes wurden auch im Vorjahre Verordnungen erlassen, in welchen eine weitere Einschränkung der Sonntagsarbeit vorgesehen ist. Von einer sechstägigen Arbeitswoche kann aber hier noch keine Rede sein. Immerhin ist der Wille vorhanden, dadurch den heutigen Zeitverhältnissen einigermaßen Rechnung zu tragen.

Die folgenden Abschnitte beschäftigen sich mit dem Reichstarif in den Konsum- und Genossenschaftsbäckereien, sowie den prinzipiellen Entscheidungen des Tarifamts. Zum fünfundsingzigjährigen Bestehen der Organisation sind die Leistungen und Erfolge in Zahlen kurz wiedergegeben. Dann folgen die wichtigsten Beschlüsse der zwölften Generalversammlung in Berlin, desgleichen die geplante Verschmelzung der bestehenden Berufsorganisationen zu einem Industriebund. Die internationalen Beziehungen sind diesmal eingehend gewürdigt. Schon der zweite Kongress in Kopenhagen und die dort gefassten Beschlüsse machten eine eingehende Behandlung dieses Stoffes notwendig.

Die Lohnbewegungen und Streiks mit den abgeschlossenen Verträgen nehmen einen breiten Raum im Jahrbuch ein. Trotz allen Unterdrückungsversuchen des profitgierigen Unternehmertums sind wir einen großen Schritt vorwärts gekommen. Am Jahresfluß war die Organisation an 134 Tarifen in 5125 Betrieben mit 13 478 Arbeitern und Arbeiterinnen beteiligt. Mehr als die Hälfte der Verbandsmitglieder arbeiten zu tariflichen Bedingungen. Die folgenden Abhandlungen beziehen sich auf die innere Verwaltungsarbeit in der Zentrale, die Agitation, Arbeitsvermittlung, Kassenbericht und das Unterfütterswesen.

Unsern Gegnern, dem Unternehmertum sowie Christlichen, Gelben und sonstigen unternehmerfreundlichen Arbeitervereinigungen wurde ebenfalls ein Platz im Jahrbuch eingeräumt, um allen Mitgliedern zu zeigen, welche Tendenzen dort vorherrschen.

Dieses Jahrbuch wird, wie seine Vorgänger, zu einem unentbehrlichen Nachschlagewerk für alle in der Agitation tätigen Mitglieder. Je eingehender sich die Mitglieder daraus bereichern, um so nutzbringender können sie ihr Wissen in der Aufklärungsarbeit verwerten.



Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Der Zahlstelle Plauen i. V. wird antragsgemäß die Genehmigung erteilt, ab 1. Mai pro Mitglied und Woche einen Extrabeitrag von 5 M zu erheben. Der Einheitsbeitrag beträgt somit in Plauen ab 1. Mai bezw. 30. April 25, 45, 55, 65 oder 80 M .

Ausgeschlossen wurde auf Antrag der Zahlstelle Landshut: Joh. Schinkenhuber (Buch-Nr. 38 643) wegen Diebstahls.

Der **Verbandsvorstand:**
F. A.: D. Altmann, Vorsitzender.

Quittung.

Vom 15. bis zum 22. April gingen bei der Hauptkassa des Verbandes folgende Beträge ein:

Für März: Reiz M. 339,20, Stettin 222,70, Leipzig 1181,10, Düsseldorf 232,20, Colmar 12,80, Elberfeld 511, Eplingen 35, Plauen 101,80, Forst 28,40, Freiburg 72,10, Traunstein 66, Lüdenscheid 41,30, Hof 30,15, Königsberg 39,35, Rudolstadt 28,70, Weiskens 39,30, Danzig 210,85, Brandenburg 84,40, Schwerin 28,50, Hanau 35,40, Dortmund 202,30, Erfurt 40,50, Erfeld 35,20, Chemnitz 284,30, Saarbrücken 98, Oldenburg 59,70, Passau 84,70, Cottbus 44,10, Osnabrück, 31,80, Weiskens 15,60, Solmsberg 47,50, Augsburg 91,60.

Von Einzelzahlern der Hauptkassa: W. A.-Hannob.-Münden M. 3, R. A.-Zwickau 27,40, P. A.-Tschöe 30, C. Sch.-Hohenstein-Ernstthal 3,50, W. B.-Stade 15.

Für Abonnements und Annoncen: Zentral-Kassenkassa Magdeburg M. 4,80, Gotha 4,80, A. D.-Hamburg 4, Saarbrücken 3,30, S.-Hamburg 6, Freiburg 3,60, S. C.-Hamburg 24,32.

Für „Geschichte der Bäcker- und Konditorbewegung“: Hanau M. 2.

Mit der Abrechnung an die Hauptkassa restieren für März: Ilmenau, Marburg, Schönebeck, Suhl, Uetersen.
Der Hauptkassierer: D. Freytag.

Spätestens am 29. April
ist der 18. Wochenbeitrag für 1911
(30. April bis 6. Mai) fällig.

Sterbetafel.

München. Alois Hüttenkofer, gestorben am 10. April im Alter von 27 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Lohnbewegungen und Streiks.

Bäcker.

Zur Lohnbewegung in Berlin.

Erfolgreiche Einigungsverhandlungen in Sicht? Die Vertreter der sieben Bäckereinnungen von Berlin und Umgegend sowie die Vertreter unserer Organisation und der Gesellenvereine hatten sich am 20. April im Verhandlungssaale des Berliner Gewerbegerichts eingefunden. Es fand jedoch nur eine Vorbesprechung statt. Zu Verhandlungen über die Forderungen der Arbeitnehmer kam es noch nicht, und zwar aus folgenden Gründen: Die Lohnkommission war davon ausgegangen, daß die im Jahre 1906 lediglich zwischen den Vertretern beider Parteien geführten Verhandlungen ein Resultat ergaben, welches keinen Bestand hatte. Deshalb hat die Lohnkommission jetzt darauf bestanden, daß die Verhandlungen nicht anders als unter unparteiischer Leitung geführt werden und hierzu den Gewerberichter, Magistratsrat Schulz, vorgefchlagen. Dieser war denn auch als Vorsitzender zur Stelle. Obermeister Schmidt erklärte aber, daß die Meister nur vor einem in aller Form zusammengesetzten Einigungsamt verhandeln. Da die Lohnkommission nach ihren Erfahrungen von 1906 nicht damit rechnen konnte, daß die Meister das Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts anerkennen würden, so hatte sie keine Weisheit bestimmt, sondern angenommen, der unparteiische Vorsitzende würde den Meistern genügen. Nachdem sich beide Parteien damit einverstanden erklärt hatten, daß die Verhandlungen vor einem vollbesetzten Einigungsamt geführt werden, wurde dieses auf Vorschlag des Vorsitzenden Schulz von beiden Seiten formell anerkannt, wobei die Meister ausdrücklich erklärten, daß sie auf das Einigungsamt des Innungs-schiedsgerichts verzichten.

Eine Bemerkung des Obermeisters Schmidt, daß für Freitag eine Verhandlung mit den Gelben angefezt sei, veranlaßte die Vertreter des Verbandes zu der Frage, was denn diese Sonderverhandlung mit den Gelben zu bedeuten habe. Ob das wieder, wie 1906, eine Komödie sein soll, dazu bestimmt, die Forderungen der Lohnkommission herabzudrücken. Es gehe doch nicht an, daß mit verschiedenen Organisationen verschiedene Tarife abgeschlossen werden. — Obermeister Schmidt bemerkte hierzu: durch die Erklärung des Verbandes, daß er nicht gemeinsam mit den Gelben verhandeln wolle, seien die Meister zu einer besonderen Verhandlung mit diesen gezwungen. Nebenabsichten hätten die Meister dabei nicht. Sie seien in durchaus ehrlicher Absicht hierhergekommen und würden die Verhandlungen in breiter Öffentlichkeit führen. — Der Vorsitzende Schulz äußerte sich ebenfalls zu dieser Angelegenheit. Er habe in einer privaten Vorbesprechung mit Obermeister Schmidt erklärt, er halte es für durchaus untunlich, wenn erst mit den Gelben und dann mit dem Verbandsverband verhandelt werden würde. Auf seinen, des Herrn Schulz Vorschlag, sei der Verhandlungstermin mit den Verbandsvertretern zuerst und die Verhandlung mit den Gelben für den folgenden Tag angefezt worden. Da es heute zu keiner Verhandlung komme, so sei auch die für Freitag angefezte Verhandlung mit den Gelben hinfällig. Diese könne erst dann stattfinden, wenn die Verhandlungen mit dem Verbandsverband zu Ende geführt seien. Auf einen Abschluß verschiedener Tarife würde er sich nicht einlassen, sondern nur einen für beide Organisationen gleichlautenden Tarif abschließen.

Damit war die Vorbesprechung beendet. Die eigentlichen Verhandlungen beginnen in den nächsten Tagen. Als Vorsitzender im Einigungsamt benannten die Arbeitgeber den Obermeister Mahardt der Tischlerinnung und Klempnermeister Wische, die Arbeitnehmer die Arbeitersekretäre Krösten und Ritter.

Lohnbewegung in Stuttgart. Am Donnerstag, 20. April beschäftigte sich eine öffentliche Versammlung der Gehilfenschaft mit der Aufstellung von Forderungen an die Bäckermeister. Nach dem Referat des Kollegen Manz wurde folgende Resolution einstimmig zum Beschluß erhoben:

„Die am Donnerstag, 20. April 1911, in Stuttgart tagende Bäckergehilfenversammlung beauftragt die Leitung des Zentralverbandes der Bäcker und Konditoren, die vorgelegten Forderungen unverzüglich an die Meisterschaft einzureichen mit dem Hinweis, daß innerhalb zehn Tagen eine Antwort erfolgen möge.“

Die Versammlung erblickt in den Forderungen ein gerechtes und bescheidenes Verlangen. Sie gibt sich deshalb der Hoffnung hin, daß die Innungen diesen Forderungen gerechterweise beitreten. Sollte wider Erwarten seitens der Meisterschaft es abgelehnt werden, mit der Lohnkommission in Verhandlungen einzutreten, so ist die Stuttgarter Gehilfenschaft bereit, den Kampf in der schärfsten Form aufzunehmen und durchzuführen.“

Die Innung hielt am gleichen Tage eine Versammlung ab, in welcher beschlossen wurde, die Forderungen abzulehnen. Die Herrschaften hatten es sehr eilig damit; sie fasten den Beschluß, obwohl noch keine Forderungen eingereicht waren. Der alte Trick mit der Unterzeichnung eines Reverses auf M. 500 wurde wie 1901 wieder angewendet.

Inzwischen sind die Forderungen eingereicht worden. Wenn die Innung auf ihrem rückständigen Standpunkt bleibt, dann ist nicht ausgeschlossen, daß hier ein jäher, erbitterter Kampf entstehen wird, wo die organisierte Arbeiterschaft auf Seite unserer Kollegen steht.

Tarifabschluss mit der Brotfabrik „Victoria“ in Flensburg. Zwischen der Brotfabrik „Victoria“, Inhaber Herr Köster, Flensburg, und dem dort beschäftigten Bäckersonal — 18 Personen — sowie dem Zentralverbande der Bäcker und Konditoren wurde folgender Tarif vereinbart:

Tarifvertrag.

- 1. Arbeitszeit. Die Arbeitszeit beträgt täglich zwölf Stunden inklusive zwei Stunden Pause. Allen Arbeitern wird die sechstägige Arbeitswoche gewährt.
2. Lohn. Der Mindestlohn beträgt pro Woche M. 26, für zweiten Schichtführer M. 28, für ersten Schichtführer M. 31, für Konditoren M. 30. Am 1. Januar 1912 wird der Lohn für alle beschäftigten Bäcker pro Woche und Mann um M. 1 erhöht. Aushilfen werden bis zu fünf Tagen mit M. 4.50 pro Tag bezahlt. Bei längerer Dauer tritt der Wochenlohn in Kraft.

3. Ueberstunden werden an Wochentagen mit 60 % pro Stunde, an Sonntagen sowie Feiertagen mit 80 % pro Stunde bezahlt.

4. Ferien. Sämtlichen Bäckern werden in der Zeit vom 1. Mai bis zum 30. September unter Fortzahlung des Lohnes Ferien gewährt. Bis zu einjähriger Beschäftigungsdauer drei Tage, bis zu zweijähriger und darüber eine Woche. Für Neueingetretene kommen die Ferien nur in Betracht, wenn sie vor dem 1. Januar desselben Jahres in Arbeit getreten sind.

5. § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches. Der Lohn wird weiter gezahlt, wenn sie durch einen in ihrer Person liegenden Grund ohne ihr Verschulden für eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit an der Arbeit verhindert sind. (Nach einer Beschäftigungsdauer von sechs Wochen drei Tage.) Als einen in der Person liegenden Grund wird Verhinderung durch Krankheit angesehen. Der Krankenschein ist vorzulegen.

6. Neueinstellungen von Arbeitskräften. Bei Bedarf von Arbeitskräften sind solche möglichst vom Verbands der Bäcker und Konditoren (Zahlstelle Flensburg) zu beziehen.

7. Kündigungsfrist. Die Kündigungsfrist ist eine dreitägige, für Schichtführer und deren Stellvertreter 14 Tage.

8. Schlichtung von Differenzen. Die Schlichtung von Differenzen bleibt Herrn Köster (Brotfabrik) und dem Arbeiterausschuß vorbehalten. Entstehen Streitigkeiten über die Auslegung des Tarifs, so wird ein Vertreter des Verbandes der Bäcker und Konditoren hinzugezogen.

9. Tarifdauer. Der Tarif gilt vom 17. April 1911 bis 31. Dezember 1913. Erfolgt vor Ablauf dieses Tarifs ein Monat vorher keine Kündigung, so läuft derselbe ein Jahr weiter. Einem etwaigen Ablauf hat aber auch dann eine Kündigung vorzuzugehen.

Maßregelungen wegen Eintretens für diese Bestimmungen dürfen nicht stattfinden.

Für die Brotfabrik „Victoria“: Heinrich Köster.

Für den Zentralverband der Bäcker und Konditoren: Bernh. Liescher.

Für den Arbeiterausschuß: A. Drogatz, Chr. Carstensen.

Die auf voller Freiheit und demokratischer Gleichheit organisierte Arbeit, bei der einer für alle und alle für einen stehen, also die volle Solidarität herrscht, wird eine Schaffenslust und einen Wettstreit erzeugen, wie sie in dem heutigen Wirtschaftssystem nirgends zu finden sind. K. Bebel

Erfolgreiche Tarifbewegung in Landshut zu Ende geführt! Die Kollegen von Landshut hatten am 13. März in einer gut besuchten Versammlung beschlossen, den Tarif von 1908 zu kündigen. Nachdem voriges Jahr die Kollegen der beiden Barmambetriebe einen den Verhältnissen entsprechenden Tarif zum Abschluß brachten, waren die Kollegen, die bei Innungsmeistern beschäftigt sind, sowie die Kollegen der Kleiterchen Brotfabrik zu der Ueberzeugung gekommen, daß auch für sie unter den jetzigen Feuerungsverhältnissen ein Ausgleich gesucht werden muß. Es wurde dann auch eine Tarifvorlage ausgearbeitet, die den Unternehmern übermittelt worden ist. Obwohl bei der ersten Unterhandlung mit den Innungsmeistern überhaupt nichts erzielt werden konnte, hat man sich in der zweiten Unterhandlung auf einen Tarif geeinigt, unter den gegenwärtig 48 Kollegen fallen werden.

Auch die Kollegen der Betriebe Wengenroth und Mayer begten schon längst den Wunsch, einen eigenen Tarif zu bekommen. Es wurde beschlossen, auch diesen beiden Arbeitgebern eine Tarifvorlage zuzuschicken. In diesen beiden Betrieben ist man nach zweimaligen Unterhandlungen gleichfalls zu einer Vereinbarung gekommen. Es kommen hier 25 Kollegen in Betracht.

Ferner hatten die Kollegen der Brotfabrik Kleiter in einer Betriebsversammlung am 12. März beschlossen, ihren Tarif zu kündigen. Auch hier kam ein neuer Tarif für zwölf Kollegen zum Abschluß.

In Moosburg sind sieben Bäckereien, von denen beschäftigten nur vier Betriebe zusammen fünf Gehilfen; vier davon sind organisiert. Diese hatten ebenfalls durch die Vertretung der Organisation eine Tarifvorlage eingereicht, über welche eine Einigung erzielt wurde.

Die Mitgliedschaft Landshut hat wieder den Beweis geliefert, was erreicht werden kann, wenn die Kollegen einig und geschlossen dastehen. Wenn auch nicht alle Wünsche erfüllt wurden, so ist doch nicht zu verkennen, daß man einen gewaltigen Schritt vorwärts gekommen ist. Mögen die niederbayerischen Kollegen sich daran ein Beispiel nehmen und nicht immer auf nichtsagende Versprechungen der Bäckermeister hereinfallen, weil es nur zum Schaden der Gehilfen ist. Also, Kollegen Niederbayerns, ganz gleich ob Ihr in Städten oder auf dem Lande arbeitet, hinweg mit der Gleichgültigkeit, zeigt Mannesmut, damit auch Ihr nicht länger Knechte bleibt. Wenn jeder Kollege seinen Mann in der Organisation stellt, dann wird auch der Erfolg nicht ausbleiben.

Auf den Inhalt der Vereinbarungen werden wir in nächster Nummer ausführlicher zurückkommen.

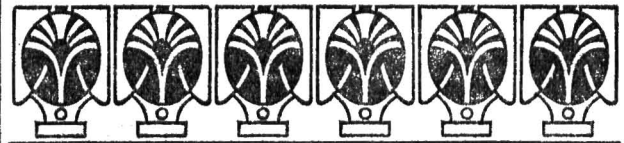
Fabrikbranche.

Die Firma Mahu & Co. in Wolfenbüttel veröffentlichte im „Wolfenbütteler Kreisblatt“ eine Erklärung, nach welcher sie die früheren Arbeiter nicht mehr beschäftigt, desgleichen sei sie bei der Wiedereinstellung der Arbeiterinnen in keinerlei Organisationsverpflichtungen

eingegangen. Herr Mahu, der in den Wohnungen der Eltern von den Arbeiterinnen ausdrücklich erklärte: nach Ostern werden nach Bedarf die übrigen von den Streikenden eingestellt; ebenso wird niemand wegen Zugehörigkeit zur Organisation entlassen, setzt sich mit seinem Kompagnon mit der größten Virtuosität über seine gemachten Zusagen hinweg. Diese Handlungsweise ist alles andere, nur nicht fair. Daß durch ein solches Benehmen die Beschäftigten den Fabrikanten wenig Vertrauen entgegenbringen werden, wenn der Wortbruch zum Geschäft gemacht wird, liegt klar auf der Hand. Aus dem fünfwöchigen Streik scheint keiner der Unternehmer gelernt zu haben, sonst würden sie nicht in dieser läppischen Weise erneut Öl ins Feuer gießen. Mahu und Schuroth dürfen nicht glauben, nun werde die Arbeiterorganisation die Hände in den Schoß legen und gegen die neuen Scharfmacherbestrebungen nichts unternehmen. Die Zahlstelle wird vielmehr alles daransetzen, um den reaktionären Schlag kräftig parieren zu können. Die Arbeiter als Hauptkonsumenten werden sich sagen, daß sie gar keine Ursache haben, das Mahnsche Produkt weiterhin zu konsumieren; sie werden jedenfalls ihre sauerverdienten Groschen dorthin tragen, wo den Beschäftigten eine anständige Behandlung und auskömmliche Löhne zuteil werden. Es ist eine bekannte Tatsache, daß dort, wo die Fabrikanten den Arbeitern das Koalitionsrecht rauben, keine Arbeiterfamilie ihre Waren kauft. Wenn Mahu keinen Umsatz mehr hat, wird man ja sehen, ob er noch vom hohen Ross herab die Scharfmacherparole ausbrät.

Wie nicht anders zu erwarten war, hat sich die Staatsanwaltschaft fürsorglich der Streikbrecher angenommen. Zwei unserer Mitglieder erstatteten gegen den Arbeitswilligen Walter Berschneider Anzeige wegen Beleidigung und Bedrohung. Daß Verfahren wurde eingestellt, weil Berschneider die Äußerung: „Sie schlage ich tot“, bestritten hat und die entgegenstehenden Bekundungen des B. und M., daß sie „an der Sache unmittelbar beteiligt und dem Berschneider offenbar feindlich gesinnt sind, ohne unterstehende Beweismittel nicht geeignet sind, den Beschuldigten zu überführen, zumal auch der Umstand gegen sie spricht, daß Berschneider als Arbeitswilliger keine Veranlassung hatte, irgendwie gegen sie vorzugehen.“ So die Logik der Staatsanwaltschaft. Wir möchten die Frage aufwerfen, was dann geschehen wäre, wenn Berschneider zu den Streikenden zählte? Da hätte der Staatsanwalt sicher eine andere Deduktion gefunden, um den Schwerverbrecher hinter Schloß und Riegel zu bringen. So aber ist der Arbeitswillige ein nützliches Element der heutigen kapitalistischen Ausbeutungsgesellschaft und solche brauchbaren Glieder müssen auch von einer Staatsanwaltschaft geschützt werden. Sind denn ehrlich um ihre Rechte kämpfende vogelfrei? „Schlagt sie tot!“ rufen die Arbeitswilligen, und keinen Staatsanwalt kümmern.

Der Streit in der Zuckerwarenfabrik Müller-Wayreuth dauert jetzt schon annähernd vier Wochen und ist noch keiner von den Streikenden abtrünnig geworden. Der fromme Wunsch des Fabrikanten, tüchtige Arbeiterinnen zu erhalten, ist noch nicht in Erfüllung gegangen und auch die sehnlich erwarteten Arbeitsburschen sind noch nicht eingetroffen. Die Produkte, die von den zweifellos untauglichen Elementen fabriziert werden, kommen jetzt schon wieder an den Unternehmer zurück, und Herr Müller kann nun nachdenken, ob er nicht besser täte, sich mit seinem alten tüchtigen eingeschulten Personal zu einigen, als sich einen solchen außerordentlichen großen Schaden zuzufügen. Das eine muß heute schon konstatiert werden, daß Müller mit seinen paar Helfershelfern nicht in der Lage ist, den Betrieb aufrecht zu erhalten. Eine gut besuchte Volksversammlung, in der Bezirksleiter Hechtel sowie Arbeitersekretär Poeseneker referierten, beschäftigte sich mit den Praktiken der Scharfmacher am Blase, und die organisierte Arbeiterschaft, verpflichtete sich mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dafür einzutreten, daß auch die hiesigen Fabrikanten die Organisation der in den Zuckerwarenfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen anerkennen müssen. Daß diese Solidaritätsbekundung nicht ohne Wirkung blieb, konnte schon bei einer Firma wahrgenommen werden, die sofort durch Anschlag in der Fabrik ihrem Personal bekannt gab, daß sie nicht das geringste gegen die Organisation habe. Da nun der Kampf in äußerst scharfer Weise weitergeführt wird, dürfte wohl bald die Entscheidung fallen. Arbeitsangebote nach Wayreuth sind bis auf weiteres unter allen Umständen abzulehnen! Haltet den Zugzug fern!



Korrespondenzen.

(Berichte von Versammlungen finden nur Aufnahme, wenn sie von allgemeinem Interesse sind. Alle zur Veröffentlichung bestimmten Einsendungen müssen mit dem Zahlstellenstempel versehen und vom Vorsitzenden gegengezeichnet sein.)

Bäcker.

Danzig. Die hiesigen Bäckermeister sind bekanntlich die verbissensten Gegner der Arbeiterorganisation, das Geld der organisierten Arbeiterschaft als Konsumenten verschmähen aber diese Zünftler nicht. Deshalb macht es sich notwendig, daß sich die allgemeine Arbeiterschaft Danzigs mit einzelnen koalitionsfeindlichen Backtroglacharmachern befaßt, und die „Volkswacht“ schildert den Betrieb eines solchen wie nachstehend:

„Der Bäckermeister Scheunemann in Ohra bei Danzig, Schönfelder Weg, mag noch so vorsichtig sein und niemand den Backraum betreten lassen, die Sonne bringt es doch an den Tag! Im Laden dieses konserverativen Herrn steht an der Wand folgender Spruch:

Bade nicht zu groß und nicht zu klein, aber sauber und schön muß die Ware sein!

Wir wissen nicht, ob es zur Sauberkeit oder zur Schönheit des Brotes dienen soll, wenn der Bäckermeister Scheunemann alles, von den Kunden zurückgekauftes Brot und Semmel im Wasser aufweicht und dann in den Teig hineinmengt und frisches Brot daraus backt. Die Gesellen, die bei Scheunemann waren, sagten aus: Dieses Brot kam, wenn es aus dem Ofen genommen wurde.

Die „Vollmacht“ verspricht noch mehrere derartige, ihr jedenfalls schon zur Verfügung stehende Feststellungen. Sie wird den reaktionären Bäckermeistern hoffentlich dadurch klarmachen, daß diese sich um die größte Sorgfalt und Sauberkeit in ihren Backstuben zu kümmern haben und daß sie die gewerkschaftliche und politische Gesinnung der Gesellen nicht angeht.

Bezirk Dresden. Erstmalig war es gelungen, eine stattliche Anzahl Lehrlinge zu einer gefälligen Veranstaltung am 18. März zusammen zu sehen. Nach einem kurzen, den Zweck der Veranstaltung darlegenden Vortrag des Kollegen Meymann wechselten Gesang, Darbietung guter Musikstücke und Rezitationen ersten und heiteren Inhalts (die in vorzüglicher Weise die Kollegin Quosdorf ausführte, wofür ihr auch an dieser Stelle gedankt sei) ab. Die Veranstaltung war für die Teilnehmer vollständig kostenlos. Nur allzu schnell kam die Zeit des „Anrichtens“ und damit des Schlußes.

Die Sektion der Bäcker hielt am 2. März ihre regelmäßige Versammlung ab, in welcher Genosse Dr. Sachse über „Die Entwicklung der Großindustrie“ sprach. Eine Beteiligung an den Wahlen zur Innungsfrankentasse wurde abgelehnt.

Am 7. März tagte eine Werkmeisterkonferenz der größeren Bäckereibetriebe Dresdens, in der Kollege Weber die Unhaltbarkeit der gegenwärtigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Dresdner Bäckereien darlegte und unter anderem auch zeigte, daß die Löhne der Werkmeister scheinbar sehr hohe seien, in Stunden umgerechnet aber nur 30 bis 36 % betragen. Der Wunsch nach weiteren derartigen Ausdrücken im internen Kreise wurde lebhaft geäußert und soll dem auch Rechnung getragen werden.

Gut besucht war eine öffentliche Bäckerver-sammlung am 29. März (einem Mittwoch), die zu den bevorstehenden Kämpfen unserer Kollegen der Großstädte Stellung nahm und die Dresdner Ruhetagsgewährung und Ueberstundenbezahlung nach den Innungsbeschlüssen von 1908 einer Besprechung unterzog. Der brieflich eingeladenen Innungsvorstand und der gelbe Vorstehende hatten es vorgezogen, nicht zu erscheinen. Ersterer trant dafür in der Siebherhalle vor Beginn ein Schöppchen, jedenfalls um mit eigenen Augen zu schauen, wie hübsch sich der Saal füllte. Oder hatte man einen andern Zweck gehabt? Standen die Sozialschwierigkeiten (trotz rechtzeitiger Bestellung) vielleicht im urfälligen Zusammenhange mit der Unwesenheit einiger dieser Herren? Einen Zweck hat doch jedenfalls die Unwesenheit gehabt, oder soll man annehmen, daß die Herren sich wegen des neu eingeführten Dosenrocks der Kellnerinnen dorthin bemühten?

Die Fabrikbranche hörte in ihrer Versammlung am 7. März einen Vortrag des Kollegen Kühn über „Heinrich Heine und seine Werke“. Unter „Gewerkschaftliches“ wurde von seiten der Verbandsleitung mehr Korrektheit bei Meldung von Mißständen aller Art verlangt.

Für die im Plauenschen Grunde wohnenden Mitglieder der Fabrikbranche wurden zwei Versammlungen am 8. März arrangiert. Der Besuch hätte besser sein müssen! Man merkt sehr wenig von dem angeblich „roten“ Plauenschen Grunde. Wenn der Bequemlichkeit der Mitglieder so Rechnung getragen wird wie in diesem Falle, so hätte man das Erscheinen aller erwartet. Das Thema: „Die Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung“ mit anzuhören und darüber zu debattieren, wäre zweifellos noch für viele sehr nützlich.

Eine überaus lebhaftige Beteiligung bezw. Meldungen lagen vor zu dem von der Mitgliedschaft veranstalteten Stenotachygraphie-Kursus, der vollständig unentgeltlich abgehalten wird. Es konnten nur 30 Meldungen berücksichtigt werden.

Eine gemeinschaftliche öffentliche Versammlung in Bautzen am 26. März nahm Stellung zu den bevorstehenden Lohnbewegungen.

Hausagitation wurde in Rössen, Roswein und Döbeln betrieben. Fünf Betriebsversammlungen der Fabrikbranche und zwei für die Bäcker wurden überdies noch abgehalten. Die nächsten Monate werden noch mehr Agitationsarbeit nötig machen; darum sei allen Mitgliedern dringend ans Herz gelegt, fleißig an dem Ausbau der Organisation mitzuarbeiten!

Harburg. In der am 20. April vom Gesellenausschuß einberufenen öffentlichen Versammlung bei Büschhop referierte der Gauleiter Liescher über die diesjährigen Lohnbewegungen. Der wirtschaftliche Aufschwung im vorigen Jahre ist auch in unserm Verufe zu spüren gewesen. Die im vergangenen Jahre zurückgehaltenen Lohnbewegungen werden in diesem Jahre nicht mehr zu vermeiden sein. In den meisten davon in Betracht kommenden Städten läuft der Tarif ab. Die erste Bewegung war in Bremen. Sie führte zu einem günstigen Abschluß. Weiter in Betracht kommen noch eine Reihe größerer und kleinerer Städte, darunter die große Gemeinde Wilhelmsburg. Die gestellten Forderungen sind: der freie Tag in der Woche, Befestigung des Kost- und Logiswesens auf der ganzen Linie, Verkürzung der Arbeitszeit, Festsetzung eines Mindestlohnes sowie Regelung des Arbeitsnachweises. In den fraglichen Städten kommen 8000 Kollegen in Betracht. In der Diskussion wurde vom Kollegen Völker der lägenhafte Bericht in der gelben Zeitung über eine hier stattgefundene gelbe Versammlung festgehalten. Nach dem Bericht hätten die Noten nicht den Mut gehabt, sich zum Wort zu melden. Daß diese Noten aber vorher aus dem Lokal verwiesen wurden, das verschweigt dieses Blättchen. In seinem Schlußwort feuerte der Referent die Anwesenden an, auf die noch fernstehenden einzuwirken und dafür Sorge zu tragen, daß aus Harburg keine Streikbrecher nach den Kampforten abreisen, denn der Sieg der Kollegen in den andern Städten ist auch unser Sieg.

Fabrikbranche.

Der Rabbi und der Mönch. Heinrich Heine beschäftigte sich in seiner bekannten lebenswütigen Art auch einmal mit einem Rabbi und einem Mönche und kam zu dem Schlusse, daß sie alle beide stinken. Das Wort wird vielleicht unsern Lesern auch eingefallen sein, als sie in Nummer 8 unseres Organs die Korrespondenz aus Dresden zu Gesicht bekamen, in der ein Brief einer Jüderwarenfirma an unsere Dresdner Zahlstelle wiedergegeben war. Die Firma wandte sich gegen „Preis-schleudereien“ der Firmen Scheffelmann & Püple (Galle a. d. S.) und Robert Hohmann (Westerhülsen b. Magdeburg) und führte deren niedrige Warenpreise auf die dort herrschenden ungünstigen Lohnverhältnisse zurück. Am Schluß schrieb die Dresdner Firma:

Sie können nicht verlangen, daß wir unser Geschäft zum Vergnügen führen, und wenn wir seitens unserer Konkurrenz gedrückt werden, dann sind wir gezwungen, dies auf unsere Arbeiter rückwirken zu lassen. Wir wollen hoffen, daß wir den richtigen Weg gewählt haben, und zeichnen in dieser Erwartung.

Unsere Redaktion erhielt darauf von den Herren Scheffelmann & Püple ein Schreiben, in welchem um Auskunft gebeten wurde, welche Löhne die Dresdner Firma zahle, wo und wann sie (Sch. & P.) Preis-schleuderei getrieben hätten, und wie der Name der Dresdner Firma sei.

Letztere Auskunft lehnen wir natürlich ab. Unsere Dresdner Bezirksleitung hat sich aber um weitere Auskunft an die Firma gependet, und es ist ihr mitgeteilt worden, daß Scheffelmann & Püple sowohl als Hohmann daran schuld seien, daß eine von Braunschweig ausgegangene Preis-konvention wieder in die Brüche gegangen wäre. Die Preise wären von den Firmen um M. 2 unterboten worden.

Das interessiert uns natürlich erst in zweiter Linie. Wichtiger ist für uns, was bei dieser Gelegenheit über die wirklichen Lohnverhältnisse der streitenden Firmen an den Tag kam. Sie können sich, wie vorauszu sehen war, alle beide nichts darauf einbilden. Bei Scheffelmann & Püple erhalten die Arbeiterinnen einen Anfangslohn von M. 7 pro Woche, welcher fünfzigprozentig bis zu M. 9 und 10 steigt; in einzelnen Fällen sollen allerdings auch M. 16 erreicht

Die Gesellschaft kann ohne Arbeit nicht existieren. Sie hat also das Recht, zu fordern, daß jeder, der seine Bedürfnisse befriedigen will, auch nach Maßgabe seiner körperlichen und geistigen Fähigkeiten an der Herstellung der Gegenstände zur Befriedigung der Bedürfnisse aller tätig ist.

werden. Die Männer erhalten 40 bis 45 % Stundenlohn. Es ist außerdem zu beachten, daß die Firma gegen 90 p. Ht. Arbeiterinnen beschäftigt und jedenfalls die durchschnittlichen Produktionskosten schon dadurch auf das denkbar geringste Maß zurückgeschraubt werden. Außerdem arbeitet sie mit mehreren nur ihr zur Verfügung stehenden Spezialmaschinen. Und auch bei der Dresdner Firma gehen Arbeiterinnen noch oft genug im Akkord mit M. 9 bis 10 pro Woche nach Hause, und im Stundenlohn zahlt sie noch Löhne von 14 % pro Stunde, z. B. beim Anfertigen von Mustern. Die Helfer in der Bonbonküche müssen mit M. 18 in der Woche zufrieden sein, während Spezialarbeiter allerdings bedeutend höher kommen.

Alles in allem genommen, sieht man, daß die Dresdner Firma an etwas anderes denken könnte, als daran, die Konkurrenzwirkungen ihre Arbeiter noch mehr fühlen lassen zu wollen, und auf der andern Seite hätten Scheffelmann & Püple gleichfalls besser getan, einen Vergleich der Löhne nicht herauszufordern. Die Arbeiterschaft der ganzen Branche sollte sich jedoch endlich aufraffen, vor allem ihrer Organisation beitreten und durch diese überall höhere Löhne schaffen; ihre Bescheidenheit wird sonst von den Fabrikanten noch öfter im Konkurrenzkampfe ausgepielt werden!

Börsen i. Th. Vor kurzem ist hier der Schokoladenfabrikant Robert Berger gestorben und wurde, wie üblich, sein Leichenbegängnis mit dem üblichen Pomp begangen, den ein „Wohlthäter der Stadt“ verdient; Herr Berger war ja ein solcher, und wenn die Stadtgemeinde einem Mann, der sich an verschiedenen Stiftungen beteiligte, bei seinem Tode besonders ehrt, wird niemand etwas einzuwenden haben. Weniger haben allerdings die Arbeiter und Arbeiterinnen des Betriebes Ursache, uneingeschränkt in die Lobeshymnen einzustimmen, denn (wir haben schon vor Jahren uns öfter mit diesem Umstande beschäftigen müssen) selbst für die Börsener Verhältnisse sind die im Betriebe gezahlten Löhne stets äußerst minimal gewesen. Die Betriebsarbeiter haben sich wirklich gewundert, warum gerade bei Bezahlung ihrer Arbeitskraft die Wohlthätigkeit immer zuletzt in Erscheinung trat. In der jüngsten Zeit ist allerdings den schlechtest bezahlten Arbeitern, das heißt denjenigen, die unter M. 18 die Woche verdienen, einmal eine ganz kleine Zulage zuteil geworden, ob sie sich auf Veranlassung des Verstorbenen eingetretet ist, wissen wir nicht. Vielleicht war es bereits eine Vorsichtsmaßregel der jetzigen maßgebenden Personen, weil sie mußten, daß gegenwärtig sich wieder ein Teil der Arbeiter der Organisation angeschlossen hat. Aber die Art und Weise, wie die Zulage gewährt wurde zeigt wieder so recht, wer eigentlich in diesem Betriebe regiert. Bekannt wurde, daß alle Arbeiter unter M. 18 Verdienst pro Tag 20 % zugelegt erhalten sollten, in Wirklichkeit nahmen jedoch die Meister erst wieder eine Sichtung nach ihrem Gutdünken vor und gaben nur denen 20 %, die Liebfind waren, während sich die andern mit der Hälfte begnügen mußten. Daß auf diese Weise die Zufriedenheit keine Fortschritte macht, ist selbstverständlich. Wir befürchten, verschiedene andere Anzeichen deuten auch schon darauf hin, daß die Zukunft den Arbeitern und Arbeiterinnen im allgemeinen durchaus kein besseres Los

besichert, sondern daß das kapitalistische Prinzip noch schärfer zum Ausdruck kommen wird, als zu Zeiten des Herrn Berger. Deshalb, Kollegen und Kolleginnen! kümmert Euch endlich ernstlicher um Eure Organisation!

Radebeul bei Dresden. In den „Dresdner Neuesten Nachrichten“ war dieser Tage zu lesen, daß in den Waffelfabriken Radebeuls eine Lohnbewegung sei. Wer diese Notiz lanciert hatte, weiß kein Mensch. Dem Radebeuler Gemeindevorstand scheint aber eine fürchterliche Beklemmung ob dieser Notiz überkommen zu sein und mochte für das „sächsische Pizze“ alles mögliche befürchten. Anders kann man es sich nicht erklären, wenn, wie uns aus zuverlässiger Quelle berichtet wird, der Herr Gemeindevorstand am nächsten Morgen sofort das Telephon in Bewegung setzte und bei einer Firma anfragte, ob — — — Schutzleute gebraucht würden. Unnötige Sorgen, sehr verehrt Herr Gemeindevorstand! Wir meinen, Ihre Aufgaben liegen ganz wo anders; z. B. war bei der letzten Betriebsversammlung in den Straßen Radebeuls ein derartiger Schmutz, daß man bald darin ersticke. Es wäre unseres Erachtens eine sehr dankenswerte Aufgabe für ein regierendes Oberhaupt, für gute Straßenreinigung zu sorgen. Im übrigen würden wir auch mit Radebeuler Schutzleuten uns auseinanderzusetzen wissen.

Aus Unternehmungskreisen.

Bäckerei.

Ein frecher Unternehmerschmuck leistet sich in Nr. 18 der „Allg. Bäcker- und Konditor-Zeitung“ einen lieblichen Erguß betrieblöser Dummheit. Als „eine sträfliche Vergehung der Bäckeryugend“ wird unsere Aufklärungsarbeit bei den jungen, aus der Lehre kommenden Kollegen bezeichnet. „In frecher Unwahrhaftigkeit werden die Bäckereibetriebe und ihre Verhältnisse als menschenunwürdig hingestellt, um die jungen Herzen der Bäckerlehrlinge den so gemeingefährlichen Ideen der sozialdemokratischen gewerkschaftlichen Bädergehilfenorganisation willfährig zu machen.“ „In heimtückischer Weise wird das Wort vollführt.“ „Wahrlich, Staatsgewalt, die Handwerkskammern und die Innungen haben allen Grund, die Urheber solcher Gifttaat unter den Handwerkslehrlingen zur Rechenschaft zu ziehen und energische Maßnahmen zu ergreifen.“ Die liebliche Schimpftade im Sauberdenton ist uns verständlich, weil ja die Unternehmer in dem Wahn leben, sie können die Gehilfen wie Lehrlinge nach ihrem Gutdünken aus-sagen. Unsere Organisation hat erfolgreich gegen diese Ausbeutertat Front gemacht, läßt kein Mittel unversucht, um die gesetzlichen Arbeiterschutzbestimmungen zur Durch-führung zu bringen und scheut sich keiner Mühe und Arbeit, die Berufsangehörigen aufzuklären. Es wurmt das Unternehmertum, daß wir die jungen, der Lehre entlassenen Kollegen zu überzeugten Mitkämpfern in der Organisation heranziehen und in geistiger Beschränktheit schimpfen die Scharfmacher wie die Koboldspäßen. Sie wissen ganz gut, solange die junge Gehilfenschaft ihr Heil in den Ver-gnügungsvereinen sucht, ist ihr Geschick nicht in Gefahr. Wird aber der Ausgelernete zu einem Verbandsmitglied er-zogen, dann ist die letzte Stütze den Meistern aus der Hand genommen und sie müssen sich ihre Masten selbst aus dem Feuer holen. Unsere Verbandsmitglieder werden nun erst recht mit allem Eifer an der Aufklärung der jungen Ge-hilfen mitarbeiten; daß wir damit auf dem rechten Wege sind, beweist der Verrger, der von den Unternehmern zum Ausdruck gebracht wird.

Aus gewerkschaftlichen Organisationen.

„Die Geheimnisse einer sozialdemokratischen Wack-stube.“ Die christlichen Wahrheitsfanatiker im Zentrums-lager gerieren sich in der Öffentlichkeit recht gern als Ver-treter der lauterer Wahrheit und behaupten, daß die „sozial-demokratischen“ Gewerkschaften nur von Lügen und Ver-leumdungen leben. Zu dieser Sorte gehört auch die „Sol-idarität“, das Organ des Verbandes mit dem langen Namen ohne Mitglieder. Es handelt sich darum: In Nr. 14 der „Solidarität“ vorigen Jahres war eine Notiz veröffentlicht über Mißstände in der Bäckerei von Fritz Gohmann in Düsseldorf. Die Kritik war berechtigt in Anbetracht der vor-gekommenen Mißstände. Das Christenblatt konnte es sich jedoch nicht verkneifen, bei der Gelegenheit einen Seiten-hieb auf unsere Organisation auszuführen, indem sie schrieb: „Das interessanteste an der ganzen Sache aber ist, daß der Bäckermeister Gohmann ein waschechter „Genosse“ und Be-gründer und langjähriger Leiter der Düsseldorfer Zahlstelle des roten Verbandes war.“ Wir gingen damals auf das Geschreibsel nicht ein, weil wir den „Solidaritäts“-Schreiber nicht für blöde genug hielten, die Tatsache nicht zu wissen, daß Gohmann schon lange Zeit nicht mehr der Organi-sation angehört, legten vielmehr die Notiz in unsere Mappe „Christliche Verleumdungen“. Mittlerweile kam es zur Verhandlung — die Redaktion war verlagert worden —, bei welcher Schmitz als „Verantwortlicher“ der „Solidarität“ freigesprochen wurde. Das freisprechende Urteil veranlaßte einen Schmierfink, in die Düsseldorfer Zentrumszeitung eine Notiz zu lancieren, in welcher die erstmaligen Ver-leumdungen gegen den Verband wiederholt wurden. Wir fühlen uns nun verpflichtet, damit die Taktik der „Christen-führer“ im vollen Lichte gewürdigt werden kann, folgende Nichtigstellung zu geben: Gohmann war weder Begründer noch langjähriger Leiter unserer Düsseldorfer Zahlstelle; seit 1909 gehört er nicht mehr dem Verbands an und konnte demzufolge keinen eifrigen Agitator bis in die letzte Zeit hinein spielen. Die „Solidarität“ hat sich ihre Unwahrheiten direkt aus den Fingern gezogen, natürlich zu dem Zweck, unsere Organisation zu verleumden. Ein trauriger Held muß doch der Schmierfink sein, der mit Absicht Verleum-dungen in die Öffentlichkeit bringt und seine Gegner mit Rot beschmutzen möchte. Dem in sicherem Versteck hockenden Durschen ist aber sein Verleumdungshandwerk nicht ge-lungen — das wird ärgerlich für ihn sein!

Postel und Gerichte.

Der schlaf fertige Bäckermeister. Ein wahres Drama für Gehilfen und Lehrlinge scheint die Bäckerei von Johann Weidenberger unter der selbständigen Leitung des Meisters zu sein, wie dieser Tage eine Verhandlung vor dem Gewerbegericht in Klagenfurt zeigte. Der ehemalige Gehilfe R. Nagte auf 9,50 rückständigen Lohn, weiter auf eine Entschädigung wegen fruchtloser Entlassung und auf 8 Lohn für geleistete Ueberstunden. Nach der Schilderung des Klägers war der Unfall zu der Klage folgender: Durch ein Versehen war ein Kuchen nicht ganz geraten, welchen der Kläger in der Sorge, daß die Lehrlinge zu viel Prügel bekommen, auf die Seite schaffte. Der gestrenge Meister kam aber dahinter, machte dem Gesellen deshalb Vorwürfe und bot ihm Ohrfeigen an; die Presse wollte er ihm vollhauen und noch ähnliche Androhungen bekam der Gehilfe zu hören. Da dieser die Schlaf fertigkeit seines Meisters kannte, bekam er Angst, verließ sofort die Arbeit und begab sich nach seiner Schlafstätte in die Wadenkammer. Der Meister folgte ihm bald mit einem Stock nach, um ihn zur Arbeit zurückzuholen, dabei verprügelte er ihn in der rohesten Weise. Der Gehilfe ging aber nicht wieder an die Arbeit. Die Prügelei hat vor dem Gericht bereits sein Nachspiel gehabt, und ist der Meister deshalb zu 15 (1) Geldstrafe verurteilt worden. Der „schlaf fertige“ Unternehmer meinte, er habe dem Kläger keinen Grund gegeben, die Arbeit zu verlassen. Er bestreitet, Schimpfworte, wie sie der Kläger bezeichnet, gebraucht zu haben. Die Ueberstunden will er auch nicht bezahlen, weil Kläger nicht notwendig gehabt hätte, solche zu machen. Dabei hat der Geselle diese während einer Krankheit des Meisters in dessen Interesse geleistet. Das Gericht teilte die Ansicht des Unternehmers nicht. Es sieht in den Worten, wenn sie gefallen sind, eine Beleidigung, die den Kläger zum Verlassen der Arbeit berechtigt und tritt in eine weitere Untersuchung des Falles ein. Der Unternehmer läßt seine zwei Lehrlinge als Zeugen rufen, die von alledem, was vorgefallen war, nichts (1) gehört hatten. So konnte der viel zu bescheidene Kläger den Grund für seine Handlung nicht beweisen und mußte, weil er einen Eid nicht leisten wollte, mit dem Restlohn, der ihm zugesprochen wurde, sich zufrieden geben.

Ein empfehlenswerter Lehrmeister scheint der Bäckermeister Ernst Wesenberg in Colberg gerade nicht zu sein. Am 7. Februar wurde er vom Schöffengericht von der Anklage, seinem Lehrling gegenüber das ihm als Lehrherrn zustehende Zuchtigungsrecht überschritten zu haben, freigesprochen, doch legte der Amtsanwalt Berufung ein. Die Kösliner Strafkammer kam dabei auf Grund einer erneuten Beweiserhebung und des Gutachtens des zugezogenen Arztes zu einer Verurteilung des Angeklagten und bemah die Strafe auf 5. Der Lehrling hatte am 11. Dezember vorigen Jahres den Wasserhahn aufgedreht, um in der Küche ein Gefäß voll Wasser laufen zu lassen, war hierüber eingeschlafen und hatte die Backstube unter Wasser gesetzt. Im Horn hatte Wesenberg übermäßig von einem Stollenknüppel Gebrauch gemacht. Die Strafe, die der schlaf fertige Bäckermeister dafür erhielt, ist viel zu gering! Wenn der Lehrling in so kurzer Zeit so fest einschlafen konnte, daß er nicht einmal merkte, daß das überlaufende Wasser die Backstube unter Wasser setzte, so beweist dies, daß er durch Arbeitsüberbürdung derart übermüdet war, daß die Arbeitsfähigkeit des jugendlichen Körpers völlig versagte. Schon eine Ausnutzung der jugendlichen Arbeitskraft, die ein derartiges Resultat zeitigt, müßte geahndet werden und hätte zum mindesten strafverschärfend ins Gewicht fallen sollen, wenn das Gericht die Ueberschreitung des Zuchtigungsrechtes bestrafen mußte. Die lächerlich geringe Strafe, die Herr Wesenberg mit laudender Miene zahlen wird, dürfte keineswegs das Los seiner Lehrlinge mildern. Hätte der geschlagene Lehrling, sich zur Wehr setzend, ebenfalls von dem Stollenknüppel Gebrauch gemacht, er wäre sicherlich nicht mit 5 Strafe davongelommen.

Internationales.

Achtung, Kamerun! Die Firma Werner & Pfeiderer, Cannstatt, suchte vor einiger Zeit für die Firma Bauunternehmer H. Schmidt in Duala (Kamerun) einen evangelischen, verheirateten Backmeister, der mit der Herstellung von Schiffs- und sonstigem Hartbrot vertraut sein muß. Die Firma will nur ein Gehalt von M. 3000 bis M. 3600 zahlen nebst freier Wohnung und M. 300 für Ausrüstung sowie Aus- und Heimreise; Verbindlichkeit zwei Jahre. Da dort aber pro Person und Tag für Verpflegung mindestens M. 4 gerechnet werden muß (ohne auch nur eine Zigarre oder eine Flasche Bier genießen zu dürfen!), so ist obiges Gehalt für eine Familie vollständig unzulänglich. Außerdem sind die Klimaverhältnisse ziemlich ungünstig, so daß ein Weißer dort höchstens einhalb bis zwei Jahre verweilen kann; Kinder unter sechs Jahren werden das Klima überhaupt nicht vertragen können. Ferner ist zu bedenken, daß Duala ganze 130 weiße Einwohner zählt. Jedenfalls rechnet die Firma auf die Unerfahrenheit der Reflektanten, sonst würde sie nicht ein solches Gehalt anbieten. Jeder weiße Angestellte bekommt drüben mindestens M. 4000, auch dann, wenn er keine verantwortliche Stellung inne hat. Dem technischen Leiter einer Dampfbäckerei, der sich erst „schwarzen Drill“ anlernen muß, mutet die Firma zu, seine und seiner Familie Gesundheit für eine derartige Bezahlung zu Märkte zu tragen. Auf jeden Fall hofft natürlich der Unternehmer einen kolossalen Schnitt zu machen; denn in Kamerun sind die Verhältnisse bis jetzt noch so primitiv, daß dort die Leute ihr Brot selbst herstellen müssen. Es wird also direkt revolutionierend auf die dortigen Verhältnisse wirken, wenn Frischbrot hergestellt wird. Angesichts obiger Feststellungen müssen wir aber unsere Kollegen dringend warnen, ein Angebot nach Duala zu obigen Bedingungen anzunehmen.

Aus dem Rechenschaftsbericht des Reichsvereins der Zuckerbäcker Oesterreichs für das Jahr 1910. Das Berichtsjahr unserer oesterreichischen Bruderorganisation begann mit 26 Zahlstellen, dazu kam die Neugründung der Zahlstelle Mährisch-Ostrau; aufgelöst wurden Budapest und Raab, nachdem der dortige Landesverein dem Internationalen Sekretariat beigetreten ist. Diese Mitglieder wurden dem Landesverein der ungarischen Kollegen einverleibt. Ferner wurde Wien III aufgelöst, so dass 23 Zahlstellen auf das neue Vereinsjahr 1911 übertragen wurden, und zwar 11 in der Provinz und 12 in Wien.

Am Jahresschluss hatte der Reichsverein 1152 Mitglieder, und zwar in der ersten Beitragsklasse 623, in der zweiten 171 und in der dritten 358, davon 794 männliche und 358 weibliche.

Der Kassenbericht ergab an Einnahmen für Beiträge usw. Kr. 23478,73, ausserdem für „Zuckerbäckerzeitung“ Kr. 1177,87, für das polnische Fachblatt Kr. 539,50, für die Arbeitsvermittlung Kr. 85, zusammen Kr. 25281,10.

Die Ausgaben betragen für Unterstützungen Kr. 7337,35, für Bildungszwecke Kr. 590,44, für Agitation Kr. 644,59, für Verwaltung insgesamt Kr. 7232,49, für Arbeitsvermittlung Kr. 313,45, für das deutsche Fachblatt Kr. 1933,44, für das polnische Fachblatt Kr. 1082,88, für das böhmische Fachblatt Kr. 327,60. Sonstige Ausgaben Kr. 4991,85. Insgesamt betragen die Ausgaben Kr. 24514,09.

Der Mitgliederbestand seit Gründung des Reichsvereins ist folgender: 1905 526, 1906 878, 1907 1122, 1908 1161, 1909 1102, 1910 1152.

Die Ziffern zeigen deutlich, dass die Organisation der Zuckerbäcker in Oesterreich mit den gleichen und zum Teil noch grösseren Schwierigkeiten zu kämpfen hat wie die unsere. Aber auch dort wird mit Zähigkeit an dem Ausbau der Organisation festgehalten und es steht zu hoffen, dass die Früchte in Zukunft schneller und schneller reifen werden.

Aussperrung der Bäckereiarbeiter in den Provinzen Mailand und Turin.

Am 12. April beschloß eine Versammlung der Mailänder Bäckermeister, sich mit den Unternehmern in Novara solidarisch zu erklären und die Bäckereiarbeiter auszusperrn. Dieser Beschluß wurde als Protest gegen die Regierung gefaßt, die das Gesetz auf Beseitigung der Nacharbeit und der sieben-tägigen Arbeitswoche erlassen hat. Durch die Bestimmungen sollen „unhaltbare Zustände“ Platz gegriffen haben, welchen nun durch eine allgemeine Aussperrung entgegen gewirkt werden soll. In Novara hat bereits das Unternehmertum die Aussperrung verwirklicht; nun wollen sich die Mailänder und Turiner Scharfmacher mit ihren Kollegen solidarisch erklären und zu dem Zweck veranlassen, daß in der ganzen Provinz die Aussperrung erfolgen soll.

In Mailand entsandte die Versammlung eine Deputation zur Statthalterei; dort wurde sie jedoch abgewiesen. Der Plan der Aussperrung ist schon längst beschlossen. Bei einer Konferenz der Organisationsleiter vor einigen Monaten in Bologna aus den Städten Norditaliens versuchten die Oberscharfmacher, ihren Plan zu verwirklichen; sie fanden jedoch keine Gegenliebe bei ihren Kollegen aus den Provinzstädten. Das hielt sie aber nicht ab, im geheimen ihre Ideen zu propagieren; Novara wurde vorgeschoben, und nun sollen die übrigen Städte folgen. Die Scharfmacher sitzen in Mailand, von dort aus werden die Unternehmerrührer in die Provinz entsendet, um zu erreichen, daß keine Brot- und Backwaren nach der Großstadt geliefert werden. Die aussperrungswütigen Unternehmer sind sehr siegeszuversichtlich und hoffen bestimmt, in 24 Stunden werde die Aussperrung zu ihrem Gunsten erledigt sein. Dagegen vertritt der Sekretär der Bäckereiarbeiterorganisation, Angiolo Orioli, die Ansicht, die Aussperrung werde ins Wasser fallen, weil ein großer Teil der Unternehmer nicht mitmachen werde. Von der Arbeiterorganisation wurden Gegenmaßnahmen getroffen, um die Produktion aufrecht zu erhalten. Weitere Nachrichten sind uns nicht mehr zugegangen, ob der Beschluß auch in die Tat umgesetzt wurde oder nicht.

Bezeichnend für das Unternehmertum in Italien ist ihr Vorgehen zur Beseitigung der Arbeiterschutzbestimmungen. Wir haben in Nr. 3 bereits berichtet, daß der Nationalverband der italienischen Bäckermeister an den „Höheren Arbeitsrat“ eine Eingabe richtete, in welcher eine bedeutende Verschlechterung der Bestimmungen verlangt wurde. Dort wurde das Unternehmertum abgewiesen. Jetzt versucht die Reaktion auf dem Wege der Selbsthilfe das ihr so verhasste Gesetz zu beseitigen. Unsere Kollegen in Italien werden wohl alles daran setzen, um den profitgierigen Scharfmachern einen Denkmittel zu geben, den sie zeitlebens nicht vergessen werden. Der Aussperrungsplan muß Tausende unsern Ideen noch Fernstehende zum Eintritt in die Organisation zwingen; nicht bloß in Italien selbst, sondern in allen Ländern werden die Bäckereiarbeiterorganisationen aus diesem Vorgang nur gewinnen können.

Sozialpolitisches.

Zur Reichsversicherungsordnung. Am 26. März tagte in Berlin eine Reichskonferenz der deutschen Krankenkassen, um das Ergebnis der Beratungen der Reichsversicherungsordnungskommission des Reichstages zu besprechen. Die Konferenz kam zu dem Entschluß, daß der Entwurf in seiner jetzigen Gestalt unannehmbar sei. Ferner beschloß dieselbe, zum 30. April einen großen allgemeinen Kongreß der deutschen Krankenkassen einzuberufen, auf dem alle für die vollständige Fortentwicklung der deutschen Sozialversicherung tätigen Kreise noch einmal in letzter Stunde Protest erheben werden gegen die Entrechtung der Versicherten und die Beseitigung der Selbstverwaltung, wie sie von der Regierung und dem schwarz-blauen Bloß beabsichtigt werden.

Zum gleichen Tage beruft der Vorstand des Verbandes der Bureauangestellten einen Krankenkassenbeamtenstag ein. Die Tagesordnung lautet: Stellungnahme: a) zum Kassenangestelltenrecht der Reichsversicherungsordnung; b) zum Anschlag auf unsere Rechte durch das Einführungs-gesetz zur Reichsversicherungsordnung. In dem Aufruf werden die Kassenbeamten aufgefordert, sich nicht mit einer Vertretung zu begnügen, sondern selbst zu kommen, um gegen das Attentat auf ihre Existenz zu protestieren.

Unfall durch Neckerei oder Betriebsunfall? Der Konbitorgehilfe Richard S. erlitt am 22. Mai 1909 im Betriebe einen Unfall, durch den ihm der linke Arm ausgerenkt wurde. Der Unfall ereignete sich dadurch, daß S., der Waren von der Backstube nach dem Laden getragen hatte, von letzterem zurückkommend in der Backstube von seinem Kollegen im Scherz umschlungen wurde, dabei ausrutschte und hingefallen ist und sich hierbei den Arm ausrenkte.

Er stellte bei der Nahrungs-mittel-Industrie-Berufsgenossenschaft den Antrag auf Gewährung der Unfallrente. Er wurde damit indessen zurückgewiesen, weil „es sich nicht um einen Betriebsunfall, sondern um einen durch Neckerei entstandenen — und daher nicht versicherungspflichtigen — Unfall handelt“. Die gegen diesen Ablehnungsbescheid eingelegte Berufung beim Schiedsgericht für Arbeiterversicherung für den Regierungsbezirk Potsdam wurde zurückgewiesen. Das Schiedsgericht begründet die Abweisung etwa folgendermaßen: Arbeiter sind gegen die — auch bei einer Neckerei — während der Betriebs-tätigkeit ihnen zuzurechnenden Unfälle versichert, wenn dieselben durch eine Gefahr des Betriebes bedingt worden sind. Ein derartiger Fall liegt hier nicht vor. Kläger ist auf dem ebenen Boden der Backstube zu Fall gekommen. Seine später vorgebrachte Behauptung, daß er über einen am Boden befindlichen Fettspritzer ausgerutscht sei, findet in den bisherigen Zeugnisaussagen keine Stütze, läßt sich auch jetzt wohl nicht mehr beweisen, erscheint zudem jedoch auch kaum wesentlich. Denn eine eigentliche Betriebsgefahr ist hierin nicht zu erblicken, da Kläger zweifellos mit dem Zustande des Bodens, der wohl oft Fettspritzer aufzuweisen hatte, seit langem vertraut war.

Gegen das Urteil legte der Kläger beim Reichsversicherungsamt Rekurs ein und bat um Gewährung der Unfallrente.

Der Rekurs hatte Erfolg. Der erkennende Senat des Reichsversicherungsamtes nahm das Vorliegen eines Betriebsunfalles an, hob das Urteil der Vorinstanz auf und verurteilte die Berufsgenossenschaft zur Entschädigungspflicht. Aus dem Urteil des erkennenden Senats sei die Begründung wieder gegeben.

Es heißt da: „Durch die Beweisaufnahme und durch die glaubhaften Angaben des Klägers ist als erwiesen anzusehen, daß, als der Kläger am 21. Mai 1909 während der Arbeit von einem andern Bäckergehilfen im Scherz umschlungen und bei dem entstehenden Ringen zu Boden gefallen ist, hierzu besonders die durch Fettspritzer hervorgerufene Glätte der Betriebsstätte und die von dem Kläger bei der Arbeit getragenen Arbeitspanzieren betragen haben. Die Unfallstelle befand sich in der Nähe des zum Backen der Pfannkuchen benutzten Herdes, von wo aus das erhitzte Fett leicht herausspritzt und so die Glätte des Fußbodens bewirkt. Die bei dem Sturz erlittene Ausrenkung des linken Armes ist also wesentlich durch die besonderen Verhältnisse des Bäckereibetriebes mit verursacht worden. Bei dieser Sachlage hat das Reichsversicherungsamt in Uebereinstimmung mit früheren Entscheidungen (vergl. Handbuch der Unfallversicherung Band I Anmerk. 34 zu § I des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes, S. 80) das Vorliegen eines Betriebsunfalles anerkannt.“

In einem neuen Verfahren wird nunmehr die Rentenfestsetzung, wie weit S. durch die Folgen des Betriebsunfalles in seiner Erwerbsfähigkeit beeinträchtigt ist, zu erfolgen haben. In diesem Falle berührt das Urteil des Schiedsgerichts eigentümlich. Es zeugt von einer Weltfremdheit sondergleichen. Weil der Kläger im Betrieb seit langem beschäftigt war, er also mußte, daß der Boden des öfteren wohl Fettspritzer aufzuweisen hat, mußte er damit vertraut sein und — durfte nicht hinfallen! Sonderbare Logik!

Wirtschaftliche Rundschau.

Am Jahresanfang war keine allzu lebhaftige Tätigkeit im Handel und der Industrie eingetreten. Die Ursache ist vornehmlich auf die Belegung der Industrie im November und Dezember zurückzuführen, während nach den Feiertagen sich eine Abflauung bemerkbar machte, die auch noch im ersten Monat anhält. Der unbefriedigende Geschäftsgang verteilte sich nicht gleichmäßig auf alle Industrien. Nach dem „Reichs-arbeitsblatt“ mußte in der Kaffee-, Biskuit- und Waffelfabrikation die Arbeitszeit erheblich verkürzt werden, um nicht umfangreiche Arbeiterentlassungen vornehmen zu müssen, während in Schokolade und Kakao der Geschäftsgang ebenso gut wie im Dezember war und in der Zuckerwarenindustrie Berlins es sogar an weiblichen Arbeitskräften fehlte. Im Februar änderte sich insofern das Bild, als die Kaffee-, Biskuit- und Waffelfabrikation eine normale Beschäftigung aufwies. Die Schokolade- und Zuckerwarenindustrie war durch die Ostertage vollauf beschäftigt.

Auf dem Geldmarkte trat nicht die gewünschte Entlastung ein. Die Bank von England verzeichnete im Januar einen Diskont von 4 1/2 pZt. und reduzierte ihn erst in der letzten Woche um 1/2 pZt. Die Deutsche Reichsbank hielt an ihrem bisherigen Diskontsatz von 5 pZt. fest und ermäßigte denselben erst anfangs Februar auf 4 1/2 pZt. In der dritten Februarwoche trat erst eine weitere Entlastung ein. Die Deutsche Zentralnotenbank setzte 4 pZt. fest, nachdem bereits der Londoner Diskont auf 3 1/2 pZt. gesunken war. Mit der Erleichterung des Geldmarktes wird die kommende Zeit die Unternehmungslust bedeutend steigern.

Die Rohproduktenpreise, soweit sie für unsere Industrie in Frage kommen, sind in den Monaten fest geblieben. Besonders trifft das auf den Getreidemarkt zu, wo nur die Weizenpreise eine sinkende Tendenz aufwiesen. Die Beruhigung ist hauptsächlich auf den guten Stand der Winterfrüchte in Europa als in den Vereinigten Staaten zurückzuführen, wie auch auf die Weizenvorräte, die weit höher sind als in den vergangenen Jahren. Zucker

hat ebenfalls keine Veränderung erbracht. Rabenrohzucker wird frei an Bord Hamburg 50 Kilo für Januar bis März mit M. 9,16 verkauft. Auch für Rohkaffee sind ebenfalls nur kleine Differenzierungen bemerkbar geworden. Der anhaltend guntige Stand wies eine enorme Steigerung des Kaffee- und Schokoladenkonsums auf. Nach vorliegenden Angaben und Berechnungen in den Fachzeitschriften vermehrte sich die Produktion von 1909 auf 1910 um 5,1 Millionen Kilo oder etwa 7,6 pZt. Dazu kamen an Einfuhr von Fertigwaren 2,276 Millionen Kilo, welchen als Ausfuhr 1,343 Millionen Kilo gegenüberstehen, so daß der Gesamtkonsum 78 133 800 gegen 67 898 500 Kilo im Jahre 1909 betrug. Die deutsche Industrie ist hervorragend an der Ausfuhr beteiligt. 1909 wurden um 6,904 Millionen Mark Waren in das Ausland versendet, 1910 um 8,243 Millionen Mark, das kommt einer Steigerung von 17 pZt. gleich.

Die guntige Geschäftslage zeitigte uberal hohe Reingewinne für das kapitalkräftige Unternehmertum. Jetzt liegen die Jahresabschlüsse der deutschen Großbanken vor. Ein richtiger Goldregen ist im Vorjahre auf diese Geldinstitute niedergegangen. Nach der Höhe der Dividenden geordnet, folgen sich: Die Deutsche Bank 12 1/2 pZt. (im Jahre 1909 gleichfalls 12 1/2 pZt.) die Diskontogesellschaft 10 (gegen 9 1/2 pZt.), die Berliner Handelsgesellschaft 9 (gegen 8 pZt.), die Dresdner Bank 8 1/2 (gegen 8 1/2 pZt.), der Schaaffhausensche Bankverein 7 1/2 (gegen 7 1/2 pZt.), die Nationalbank 7 (gegen 6 1/2 pZt.), die Mitteldeutsche Kreditbank und die Darmstädter Bank, beide 6 1/2 (gegen 6 beziehungsweise 6 1/2 pZt.), die Hamburger Commerz- und Diskontobank 6 (gegen 6 pZt.). Keine einzige der neun Riesenbanken brauchte also von der guntigen Position von 1909 zurückweichen, drei von ihnen konnten sogar eine um 1/2 pZt. höhere Dividende, unter starken Abschreibungen und Reservestellungen, auswerfen. Dabei war 1909 ein gutes Bankjahr; das rege Warfentreiben brachte damals reichliche Gewinne und ermöglichte vor allem, die ältesten Ladnhalter von Wertpapieren an das nach der Krise von 1907/1908 wieder Vertrauen schöpfende Publikum zu vorteilhaften Kursen abzustoen.

Um die Millionensummen, welche diese Dividendenverteilung bedeutet, zu veranschaulichen, führen wir weiter die Aktienkapitalbetrage (in Klammer gleich noch die Reserven) an: Deutsche Bank 200 Millionen Mark (und 105,73 Millionen Mark Reserven), Dresdner Bank 200 (und 60,34 Millionen Mark), Diskontogesellschaft 170 (und 61,09 Millionen Mark), Darmstädter Bank 160 (und 32 Millionen Mark), Schaaffhausen 145 (und 34,16 Millionen Mark), Berliner Handelsgesellschaft 110 (und 34,50 Millionen Mark), Commerz- und Diskontobank 85 (und 18 Millionen Mark), Nationalbank 80 (und 13,72 Millionen Mark), Mitteldeutsche Kreditbank 54 (und 7,84 Millionen Mark). Hatte die Dresdner 1910 ihr Kapital um 20 Millionen Mark, die Darmstädter Bank um 6 Millionen Mark erhöht, so will jetzt die Diskontogesellschaft ihr Grundkapital um 30 Millionen Mark steigern, die Nationalbank um 10, die Mitteldeutsche Kreditbank um 6 Millionen Mark.

Die Deutsche Bank beschäftigte Ende 1909 5884, Ende 1910 5816 Beamte; bei der Dresdner Bank sind 4008 Angestellte. Das Netz von Filialen hat sich bei allen diesen Riesenbetrieben unaufhörlich erweitert.

Wiesachen Anstoß scheint jedoch mit der Zeit die unfinnige Verschwendung bei den Lantien für Aufsichtsrat und Vorstand zu erregen. In der Tat kommen hier nachgerade ganz fabelhafte Summen in Ansatz. Sie genau auszusondern, ist nicht ganz leicht, weil sie in den Bilanzen in allen möglichen Verkleidungen auftauchen. Bei der Darmstädter Bank werden beispielsweise die Gewinnanteile der Vorstandsmitglieder ohne nähere Angabe unter Handlungsunkosten verbucht. Der Schaaffhausensche Bankverein wirft die Direktorentantiemen mit den Beamten Gratifikationen zusammen. Bei der Deutschen Bank entfallen auf Lantien an Aufsichtsrat und Vorstand sowie an Vizedirektoren und Filialdirektoren 4,42 Millionen Mark, bei der Dresdner Bank 4,09 Millionen Mark, bei der Diskontogesellschaft an Aufsichtsrat und Direktoren 2,68 Millionen Mark, bei der Berliner Handelsgesellschaft 1,38 Millionen Mark, bei der Nationalbank 1,21 Millionen Mark, bei der Mitteldeutschen Kreditbank 0,55 Millionen Mark, bei der Commerz- und Diskontobank 0,49 Millionen Mark, bei Schaaffhausen, einschließlich der Lantien an Beamten, 2,13 Millionen Mark. Meist sind das zwischen 15 und 20 pZt. der Summe, die als Dividende der Gesamtheit der Aktionäre zufällt.

Was sind demgegenüber die Hungerlöhne der Arbeiter? Die Zeit der guntigen Periode wird auch in allen Berufen zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ausgenutzt. Und hierbei dürfen auch unsere Berufsangehörigen nicht zurückbleiben. Die aufsteigende Konjunktur gestaltete auch die Lage des Arbeitsmarktes guntiger; das Arbeitslosenreservoir leert sich durch die Zunahme der Beschäftigungsmöglichkeiten und solche Zeiten müssen auch von unsern Berufsangehörigen ausgenutzt werden, bevor die Abflauung wieder eintritt. Diese wird sicher eintreten, genau so wie die vorhergehenden Krisenperioden, die Begleitererscheinungen des heutigen kapitalistischen Wirtschaftsgetriebes sind.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Erfolgreicher Muhlenarbeiterstreik. Nach einem sechseinhalbtagigen Streit haben die Muhlenarbeiter der Neumühle in Stettin-Billshov die Arbeit geschlossen wieder aufgenommen, nachdem eine Einigung mit der Direktion erzielt war. Die Erfolge sind 3 1/2 Lohnerhohung pro Stunde und Bezahlung der Sonntagsarbeit mit 15 % Zuschlag pro Stunde und sonst noch verschiedene Verbesserungen.

In Machich auf die vollkommen ablehnende Haltung der Firma vor dem Streit und als erster Schieb immerhin ein ansehnlicher Erfolg.

Eine Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstand am 27. und 28. März in Berlin statt. Sie hatte sich in der Hauptsache mit der Durchführung der zwischen der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und dem Zentralverband deutscher Konsumvereine getroffenen Vereinbarungen zu befassen. Hinsichtlich der Bekämpfung der Heimarbeit werden Generalkommission und Zentralverband der Konsumvereine einen gemeinsamen Aufruf er-

lassen, der den Mitgliedern der Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften die schweren wirtschaftlichen und hygienischen Schäden der Heimarbeit vor Augen führt und sie auffordert, Heimarbeitserzeugnisse beim Einkauf zurückzuweisen, vor allem solche aus den Branchen der Lebens- und Genussmittel, Bekleidungs- und Haushaltsgegenstände. Soweit die Genossenschaften zur Eigenproduktion in modernen Betrieben und mit hygienisch und gewerkschaftlich geregelten Arbeitsverhältnissen übergangenen sind, sind deren Erzeugnisse in erster Linie zu berücksichtigen. — Ferner werden Generalkommission und Zentralverband der Konsumvereine gemeinsam ein Merkblatt zur Bekämpfung der Heimarbeit herausgeben, das in den Gewerkschaftsbureaus und Konsumvereinsfilialen unentgeltlich abzugeben ist. — Die ständige Verjorgung der Arbeiterpresse mit aufklärenden Artikeln und Notizen über die Schädlichkeit der Heimarbeit wurde der „Sozialpolitischen Abteilung“ der Generalkommission übertreten. Die weiteren Vereinbarungen betrafen den Ausschluß von Strafanstaltszeugnissen aus dem Warenbetrieb der Konsumvereine, die Errichtung industrieller Arbeitsgenossenschaften, die Anerkennung der Gewerkschaften, deren Tarife und der gewerkschaftsublichen Arbeitsbedingungen bei Lieferungsvertragen und Vergebung von Arbeiten der Konsumvereine und die genossenschaftlichen Pflichten der Gewerkschaftsmitglieder. Alle diese Vereinbarungen hatten bereits dem Hamburger Gewerkschaftskongreß (1908) vorgelegen, konnten aber damals ihre Erledigung nicht finden. Der diesjährige Gewerkschaftskongreß zu Dresden wird endgültig über dieselben entscheiden.

Einige Vorkommnisse im Geltungsbereich lokaler Tarifverträge mit Konsumvereinen gaben Anlaß zur Erörterung der Frage, wie die Konsumvereine gegen Tarifbruch zu schützen seien. Es wurde die Unterstellung dieser lokalen Tarife unter das zentrale Tarifamt empfohlen. Auch wurde erklärt, daß die den Konsumvereinen unter Tarifbruch abgerungenen Zugeständnisse nicht verbindlicher Natur seien. Recht eingehend wurde über den Geldverkehr in den Gewerkschaften und die Beziehungen der letzteren zur Bankabteilung der Groeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine verhandelt. Ein namhafter Teil der Gewerkschaftsgelder ist bereits teils bei der Bankabteilung der G.-E.-G., teils bei einzelnen Konsumvereinen angelegt. Um diesen Geldverkehr im beiderseitigen Interesse förderlicher und nutzbringender zu gestalten, wurden zahlreiche dankenswerte Informationen seitens der anwesenden Genossenschaftsvertreter gegeben.

Daran knüpften sich noch Aussprachen über einige weitere die Gewerkschaften und Genossenschaften gemeinsam berührende Angelegenheiten. Den Rest der Verhandlungen der Konferenz bildeten interne Fragen der Gewerkschaftsbewegung.

Organisationsstarke anderer Gewerkschaften. Der Buchbinderverband zählte am Schlusse des vierten Quartals 28 704 Mitglieder, davon 18 499 weibliche. Der Bestand der Hauptkassse betrug M. 331 235.

Die Abrechnung des Rurfnacherverbandes für das vierte Quartal ergibt einen Mitgliederbestand von 4546, davon 1555 weibliche Mitglieder. Das Vermögen der Hauptkassse betrug M. 114 187,10, das der Zweigvereine M. 18 950,82, zusammen also M. 128 137,92.

Der Verband der Lederarbeiter zählte am Schlusse des vierten Quartals 14 859 Mitglieder. Das Verbandsvermögen betrug M. 162 328,60, wovon M. 33 597 Bestände der Lokalkassen.

Der Verband der Stukkateure zählte am Schlusse des vierten Quartals 8580 Mitglieder gegen 7281 am Jahreschlusse 1909.

Allgemeine Rundschau.

Durch den Tod des Genossen Hermann Borgmann preussischer Landtagsabgeordneter und Stadtverordneter für Berlin, hat die Sozialdemokratie wieder einen empfindlichen Verlust erlitten. Borgmann, der am 16. April starb, ist nur 55 Jahre alt geworden. Er war gelernter Sutmacher und, kaum ausgelernt, stand er in der gewerkschaftlichen sowohl als in der politischen Arbeiterbewegung; schon unter dem Sozialistengesetz wirkte er mit allen Kräften in Leipzig für das Proletariat. Durch Aussperrung wurde er gezwungen, sein Bündel zu schnüren; er setzte seine „aufhebende“ Tätigkeit dann in Berlin fort. 1891 wurde er dort bereits zum Stadtverordneten gewählt und nahm seit dieser Zeit in verschiedenen Verwaltungszweigen die Interessen der Arbeiterklasse nach Kräften wahr. Als die Berliner Genossen 1908 einen Sturm auf das preussische Dreiklassenhaus unternahmen, gelang es, auch Borgmann als Held in den Kampf zu setzen, und es ist ja bekannt, wie unter seiner Führung — er wurde Vorsitzender der kleinen roten Landtagsfraktion — den reaktionären Junkern samt ihrem Präsidenten, Herrn v. Kröcher, ungeschminkt die Wahrheit gesagt wurde. — Mit Borgmann hat wieder ein Leben voll opferfreudiger Arbeit für die Ideale der Arbeiterbewegung geendet — das Volk wird sein Andenken immer wahren.

Die Aktiengesellschaft David Söhne in Halle a. d. S., Schokoladenfabrik, erzielte 1910 einen Reingewinn von M. 222 756 und kann 10 pZt. Dividende auf das Aktienkapital von M. 1 100 000 verteilen. Dabei konnte sie Abschreibungen in Höhe von M. 70 000 vornehmen. Wieviel Mark konnten die Arbeiter und Arbeiterinnen des Betriebes sich am Schlusse des Jahres zurücklegen?

Die Schweizer Schokoladenindustrie hat sich im vergangenen Jahre von dem Ruckschlage, den sie in den beiden Vorjahren ausgefegt gewesen ist, wieder recht kräftig erholt. Zum Teil wird sie es dem Umstande zu danken haben, daß sie sich von der Preiskonvention befreite, die sie eine Zeitlang eingehalten hat. Man schätzt, daß Ende 1910 der Gesamtexport sich auf etwa 40 Millionen Frank beläuft. In den ersten neun Monaten betrug er 29 Millionen Frank gegen 20 und 22 Millionen der beiden Vorjahre. Daß die einzelnen Betriebe unter diesen Umständen erklecklichen Gewinn erzielten, ist selbstverständlich. So verzeichnen beispielsweise Peter und Kohler u. G. einen Reingewinn von 1,38 Millionen Frank und die Generalversammlung beschloß, 15 pZt. Dividende zu verteilen. Auch die „Suzerna“ in Hochdorf, Ranton Luzern,

die in den letzten Jahren mit großen Verlusten gearbeitet hatte und schon allgemein als eine verfehlte Gründung betrachtet wurde, scheint sich wieder zu erholen, nachdem die Aktionäre sich dazu verstanden hatten, das Aktienkapital von Fr. 5 000 000 auf Fr. 200 000 durch Umschreibung des Nennwertes sämtlicher Aktien von Fr. 500 auf Fr. 20 herabzusetzen. Mit dieser Firma stand in den letzten Monaten die Akt.-Ges. J. E. Caillet in Broc, Ranton Freiburg, zwecks Uebernahme in Verhandlungen, welche aber bisher noch zu keinem Abschlusse führten. Es wäre sehr zu wünschen, daß die Schokoladenarbeiter der Schweiz die guntige Konjunktur sich endlich auch einmal besser zunutze machten als bisher und ihren Anteil an den besseren Zeiten forderten!

für die Arbeiterinnen.

Die Fabrikarbeit verheirateter Frauen in Holland. Einem Artikel des Genossen S. Spiekman im „Correspondenzblatt“ entnehmen wir, daß das holländische Arbeitsamt jetzt einen Bericht über Untersuchungen veröffentlicht hat, betreffend die Fabrikarbeit verheirateter Frauen.

Die Untersuchung umfaßte nur Lohnarbeit in Werkstätten. Es ergab sich, daß im ganzen Lande in 1164 Fabriken 6970 verheiratete Frauen respektive Frauen mit Kindern tätig waren und zwar 4227 verheiratete Frauen, 794 Witwen, 235 geschiedene oder verlassene Frauen und 214 unverheiratete Mütter.

Die größte Anzahl verheirateter Frauen arbeitet in der Textilindustrie, nämlich 1324. Es folgen die verschiedenen Gewerbe aus der Gruppe der Nahrungs- und Genussmittelindustrie mit 1132. In Stein-, Steingut- und Glasfabriken arbeiten 920, in den Kleidungs- und Reinigungsgewerben 526, während alle weiteren Gruppen unter 200 bleiben.

Bon je 1000 verheirateten Arbeiterinnen sind 18 jünger als 20 Jahre, 412: 20 bis 29 Jahre, 360: 30 bis 39 Jahre, 157: 40 bis 49 Jahre, 96: 50 bis 64 Jahre, 16: 65 Jahre und älter.

Bon je 100 in Fabriken arbeitenden Personen sind 1,87 pZt. verheiratete Frauen.

Bon je 100 Frauen über 16 Jahre, die in Fabriken arbeiten, sind 9,51 pZt. verheiratet.

Was den Einfluß der Fabrikarbeit auf die Gesundheit der verheirateten Frau anbelangt, meldet der Bericht viel allgemeine Korperchwache als Resultat von Uebermüdung und unzulänglicher Nahrung sowie Schaden durch stehendes Arbeiten und die Gewerbe selbst.

666 Frauen wurden befragt, wie lange sie, in Fabrik und Wirtschaft zusammen, jeden Tag arbeiteten. Das Resultat war das folgende:

40 Frauen arbeiteten weniger als 15 Stunden; 123 15 und 16 Stunden; 280 16 und 17 Stunden; 187 17 und 18 Stunden; 42 18 und 18 1/2 Stunden; 13 18 1/2 und 19 Stunden und 11 noch mehr als 19 Stunden.

Was die Ursachen anlangt, warum die Frau in die Fabrik geht, wird folgendes mitgeteilt: in 1029 Familien fehlte der Mann und in mehr als 300 war der Mann vollständig nicht in der Lage, seine Familie zu ernähren; also war ein Viertel der Frauen wohl genötigt, für den Lebensunterhalt Sorge zu tragen.

Für 2000 Familien ist berichtet, wieviel Prozent der Einkünfte durch die Frau erworben werden; für je 62 Fälle pro 100 waren das 30 bis 35 pZt.

Zum Schlusse folgt noch ein Ueberblick über das Dinsterven der Kinder von verheirateten Fabrikarbeiterinnen. Von 3376 Frauen, welche zusammen 18 391 Kinder geboren hatten, waren 4750 Kinder gestorben. Das Dinsterven der Kinder, jünger als ein Jahr, betrug bei natürlicher Ernährung der Säuglinge 18,79 pZt., bei gemischter Ernährung 21,26 pZt., bei künstlicher Ernährung 36,55 pZt. In dem Rapport liest man zur Erläuterung: „Das Aufhören der natürlichen Ernährung als Folge der Wiederaufnahme der Arbeit bald nach der Niederkunft bewirkt eine Steigerung der Kindersterblichkeit, zumal gute Kindererwahrungsorte fehlen.“

Das holländische Parlament hat jetzt das Arbeitsschutzgesetz revidiert. Dabei ist auch ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion angenommen, wobei für verheiratete Arbeiterinnen und weiter für solche Arbeiterinnen, die neben ihrer Arbeit noch ein Hauswesen zu besorgen haben, die Arbeit am Sonnabend nach 1 Uhr mittags verboten ist.

Genossenschaftliches.

Unsern Genossenschaftstareif hat außer den bereits veröffentlichten Vereinen noch anerkannt: Konsum- und Sparverein in Ehrenfriedersdorf. Das sind nun insgesamt 167 tarifreue Vereine, welche zusammen 133 Backmeister und 1904 Wäcker beschäftigen.

Ausnahmegesetze gegen die Konsumvereine.

Jede selbstständige Regierung der unbemittelten Volksschichten ruft das Mißfallen und die Unterdruckungssucht der herrschenden Klasse wach. Selbst wenn dieser Drang nach Selbstständigkeit sich streng in gesetzlichen Formen äußert, ist er nicht sicher vor der Bevormundungs- und Knechtungsmut der Besitzenden. Das müssen die das Koalitionsrecht im Arbeiterinteresse benutzenden Gewerkschaftler täglich spüren.

Derselbe Vorgang ist bei den Bestrebungen der Arbeiter wahrzunehmen, die sich auf die geistige und körperliche Bildung ihrer Klassengenossen erstrecken. Und ganz besonders beobachten wir es in der Stellung, welche die den Besitzenden dienende Gesetzgebung zu den Konsumgenossenschaften einnimmt, die sich zur Aufgabe gewählt haben, dem Arbeiter alles, was er zu des Leibes Nahrung und Notdurft gebraucht, in guter Beschaffenheit zu möglichst niedrigem Preise zu vermitteln.

Die Gesetzgebung, die Schlag um Schlag dem Proletariat seine unentbehrlichsten Bedarfsartikel durch ungerechte, empfindende indirekte Steuern verteuert, hätte alle Ursache, schon um des bloßen Staatsinteresses willen, jeden Versuch der Arbeiter, ihre Lebenshaltung zu heben bezw. vor einer Verschlechterung zu bewahren, freudig zu begrüßen. Je höher die Konsumkraft der Massen, je gesunder, widerstandsfähiger das gesamte

Staatswesen! Statt dessen trachtet man danach, den von der Hand in den Mund lebenden Schaffern aller Werte es unmöglich zu machen, von den unerträglichen Lasten, die ihnen eine grausame, aller Billigkeit Hohn sprechende Steuererhebung aufpackt, durch vernünftige Regulierung ihres Warenbezugs einen Teil herunterzuwirksamen!

In einer großen Zahl Bundesstaaten — allen voran natürlich das Land Sachsen! — hat man die Konsumvereine bereits unter ein steuerliches Ausnahme-gesetz gestellt. In Preußen, wo man größere Ver-eine teilweise durch die Warenhaussteuer schröpft — der standalöseste Fall ist der Langenbielauer, wo arme, nie aus dem Hunger herauskommende Weber ihre Einkauferspar-nisse den Geschäftsleuten opfern müssen! — ist man drauf und dran, nach dem Wunsche des konservativen Innungs-traiters Hammer eine Umsatzsteuer zu schaffen, in Lippe-De-mold brütet die Gesetzgebung schon seit Monaten über einem Steuerstrafgesetz für die Konsumvereine, und der Bürgerchaft der angeblich freien Hansestadt Hamburg ist dieser Lage ein Entwurf vorgelegt, der eine ungeheuer-liche Umsatzsteuer für die Konsumvereine fordert. Wo es den Staaten an Geld gebricht, da denken sie immer zu-nächst an die breite, geduldige Masse. Die mag stärker bluten!

Mit Vorliebe wendet man jetzt gegen die Konsum-vereine die Umsatzsteuer an. Man zieht sonst nur Ein-kommen zur Steuer heran, von der richtigen Er-wägung ausgehend, daß, wer Steuern zahlen soll, zunächst auch etwas verdient haben muß. Denn — woher sonst nehmen und nicht fehlen? Bei den Konsumvereinen wirft man diese Logik kurzerhand über Bord, dekretiert: Ihr habt soviel Umsatz, ergo nehmen wir an, daß Ihr soviel Ein-kommen habt und dafür zahlt Ihr soviel Steuer!

Diese rein schablone-mäßige Berechnung führt zu den unglaublichen Konsequenzen. Jedes Kind weiß, daß der Geschäftsgewinn sich durchaus nicht nach dem Umsatz richtet. Eine mechanische Besteuerung des Umsatzes spricht aller kaufmännischen Erfahrung Hohn, weil sie von der unglaublichen Voraussetzung ausgeht, daß Ge-winnschwankungen ausgeschlossen seien, daß stets ein ganz bestimmter Ueberschuß das Ergebnis des Geschäftes sei, sie läßt es schließlich zu, daß Betriebe, die mit Verlust gearbeitet haben, Steuern zahlen und gesetzlich vorgeschriebene Fonds angreifen müssen, um Einkommen zu versteuern, die nur in der Phantasia der Gesetzgeber bestehen!

Jede Umsatzsteuer muß die Folge haben, daß die Kon-sumvereine ihre Rückvergütung, also den Vorteil, den die Arbeiter durch den gemeinschaft-lichen Einkauf erzielen, vermindern müssen. Die Steuer trifft also am härtesten die Vorstände großer Familien, die am schwersten um eine be-scheidene Existenz zu ringen haben. Sie vor allem sind ge-nötigt, fast ihren ganzen Arbeitsverdienst für das zu des Beibes Nahrung und Notdurft am dringendsten Notwendigen auszugeben. Sie haben daher den größten Jahres-umsatz und eine entsprechend hohe Rückver-gütung.

Während kinderlose Eheleute vielleicht für 500 pro Jahr Waren kaufen und damit bei 5 pzt. Rückvergütung eine Ersparnis von 25 erzielen, verbraucht die große Familie für 1000 Waren und erwartet 50 Ersparnis. Nach dem Vorschlage, der der Hamburger Bürgerchaft bei-spielsweise vorliegt, würden davon den kinderlosen Ehe-leuten 3,75, der großen Familie dagegen 7,50 Umsatzsteuer abgezogen!

Sa, Leute, die wegen der Geringfügigkeit ihres Einkommens überhaupt nicht zur Ein-kommensteuer herangezogen werden, wie arme Witwen, die mit ihrer Hände Arbeit ein Häuflein un-mündiger Kinder ernähren, Alters-Invaliden- und Unfallrentner und ähnliche bedauernswerte Mitmenschen werden als Konsumvereinsmitglieder durch diese Konfiszierung eines Teiles ihrer Einkaufersparnis in der härtesten Weise besteuert!

Dieser Einkaufsvorteil, der dem genossenschaftlich organisierten Arbeiter in Form von Rabatt und Rückver-gütung zufließt, ist nichts anderes, als der Vorteil des Bar- und Groß-einkaufs, den sich der reiche Mann dank seiner Kapitalkraft ohne weiteres zu sichern vermag, während er dem Armen stets verloren gehen muß. Der genossenschaftliche Warenbezug ist für letzteren die einzige Möglichkeit, sich das zu schaffen, was seinem wohlhabenden Mitmenschen mühelos zufließt! Und dafür, daß er als verständiger, sorgender Familienvater sich diese Möglichkeit zu nütze macht, straft man ihn durch harte, unbillige Ausnahmesteuern, während man den Reichen völlig ungeschoren läßt.

Die Konsumvereinsumsatzsteuer ist eine indirekte Steuer und trifft, wie alle indirekten Steuern, gerade die wirtschaftlich schlechtest ge-stellten Arbeiter am empfindlichsten, sie er-höhrt damit das himmelschreiende Unrecht, das seit langen Jahren die Reichsgesetzgebung rücksichtslos am deutschen Proletariat verübt!

Was in den einzelnen Staaten, die wir genannt, be-schlossen werden wird, steht dahin. Wir fordern jeden-falls zunächst unsere Kollegen auf, sich aus-nahmslos an der Protestbewegung, die gegen diese neuen Attentate auf den Geldbeutel und den Magen der Arbeiter beginnen wird, intensiv zu beteiligen und den Gesetzgebern zu zeigen, welches bittere Unrecht zu begehren, sie im Begriff stehen.

Vor allem aber erwarten wir, daß unsere Kollegen die wirksamste Waffe gegen solches Treiben reaktionärer Elemente nicht unbenutzt lassen werden. Und das ist: Handeln im Sinne des Kölner Gewer-schaftskongresses und des Internationalen Kongresses von Kopenhagen! Mitglied und treuer Käufer in der Konsumgenossenschaft-lichen Organisation werden! Wenn das von allen gewerkschaftlich organisierten Arbeitern unzerzagli- und gewissenhaft durchgeführt wird, dann prallen auch die steuerlichen Ausnahme-gesetze unwirksam am Proletariat ab und werden eine Quelle neuen Fortschritts, neuer Erfolge!

Literarisches.

Maifestzeitung 1911. Die vom Parteiverlag Buch-handlung Vorwärts, Berlin SW 68, herausgegebene Mai-zeitung liegt jetzt vor. Die Nummer präsentiert sich illustrativ in durchaus würdigem Gewande und dürften die Motive, die den Bildern zugrunde liegen, sowie auch die technische Herstellung, Beifall in den Kreisen der Parteigenossen finden. Aus dem reichen textlichen Inhalt heben wir hervor: Sturmtraum, Gedicht von Franz Diederich, Maifeier und Reichstagswahl von G. Müller. Die Jugend vor die Front von Karl Korn. Die Frau in der heutigen Gesellschaft von Paul Umbreit. Der Weltfriede und das Proletariat von Philipp Scheidemann.

Der Preis der Maizeitung ist wie alljährlich 10 M. Zu beziehen durch alle Parteibuchhandlungen, Expeditionen und Kolporteurs.

„In Freien Stunden“. Wochenschrift im Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68. Die Hefte 12 und 13 sind erschienen. Der Roman „Der Jude“ von Karl Spindler wird fortgesetzt. Außerdem enthalten die Hefte noch ein Feuilleton: „Paff, Junfer, Fürst“, einige interessante Mitteilungen unter der Rubrik Dies und Jenes und eine humoristische Gefe. „In Freien Stunden“ kostet pro Heft 10 M und ist durch alle Buchhandlungen, Spediture und Kolporteurs zu beziehen.

Bekanntmachung.

In der Privatklagesache

Linus Funke, Gewerkschaftssekretär in München gegen Felix Paul Weidler, Redakteur in Hamburg, wegen Verleibigung hat das Schöffengericht des königlichen Amtsgerichts München in seiner öffentlichen Sitzung vom 21. März 1911 nach gepflogener Hauptverhandlung zu Recht erkannt wie folgt:

1. Weidler, Paul, geboren am 16. April 1860 in Weihenfeld, Kreis Naumburg, evangelisch, verheiratet, Redakteur in Hamburg, ist schuldig eines Vergehens der Verleibigung und wird hiewegen zur Geldstrafe von fünf-undsechzig Mark, umgewandelt für den Fall der Un-einbringlichkeit in eine Gefängnisstrafe von zehn Tagen sowie zur Tragung der Kosten des Verfahrens einschließlich der notwendigen Auslagen des Privatklägers verurteilt.
2. Dem Privatkläger wird die Befugnis zuerkannt, binnen einem Monat nach Rechtskraft dieses Urteils dessen er-kennenden Teil in der für amtliche Bekanntmachungen üblichen Form je einmal auf Kosten des Verurteilten zu veröffentlichen in der „Deutschen Bäcker- und Konditoren-zeitung“, der „Solidarität“, der „Münchener Post“ und im „Neuen Münchener Tagblatt“.

Nachdem das Urteil die Rechtskraft beschritten hat, gebe ich Vorstehendes als Vertreter des Privatklägers hiermit bekannt. München, den 18. April 1911.

Rumpf, Rechtsanwalt.

Anzeigen.

Nachruf.

Am Montag, 10. April 1911, verschied unser Mit- glied (Bäcker)

Alois Hüttenkofer

im Alter von 27 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

[M. 3,60]

Zahlstelle München.

Unsern werten Kollegen August Jäschke und seiner lieben Braut

die herzlichsten Glückwünsche

zur Vermählung!

[M. 3]

Zahlstelle Breslau.

Unsern werten Kollegen Fritz Thellacker nebst seiner lieben Braut Emma Simon

die herzlichsten Glückwünsche

zur Verlobung!

[M. 3]

Die Konsumbäcker von Höchst a. Main.

La nagelfreie Hanfschuhe,

leicht, dauerhaft, billig.

24 bis 32 cm. Probepaar gegen Einsendung von M. 1,35. Bei 10 Paar à 80 M geg. Nachnahme.

Emil Götsch, Pantoffelfabrik, Braunschweig 10.

Preisliste von Schuhwaren usw., 200 Artikel, gratis.

Bäcker und Konditoren

kaufen ihre Kleidung am besten und billigsten in dem grössten Spezial-Geschäft für

Berufs-Kleidung

Kohnen & Jöring, Berlin

Hauptgeschäft und Versand: Alexanderstr. 12

Verlangen Sie freie Zusendung unserer Preisliste

Münchener Bäcker und Konditorgehilfen

beden Ihren Bedarf am besten bei Gg. Prem, Schneidermeister, Walterstr. 19/0.

Nürnberger Bäcker- und Konditorgehilfen

decken ihren Bedarf am besten bei Hans Derfuss, Schneidermeister, Heugasse 2, 1. Et., gegenüber dem Verbandslokal.

Vorzugs-Angebot für Radfahrer.

Pneumatik

ARIA-EXTRA-PRIMA

Laufdecke Mk. 6.-

Luftschlauch Mk. 3.50.

Garantieschein bei jeder Sendung.

Garantie 15 Monate

Grosse Auswahl in allen Preislagen!

KATALOG N° 116

vollständig kostenlos

F. Verheyen

FRANKFURT AM MAIN.

Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen.

Sonntag, 30. April:

Malen: Vorm. 10 Uhr im Gasthaus „Zum Hirsch“. — Bant-Wilhelmshaven: 4 Uhr bei Vuttenberg, Bant, Peters- straße. — Bayreuth: Im Restaurant „Kaiserhof“, Kulmbacher Straße. — Gemmisdorf: 4 Uhr bei Lehmann. — Lands- berg a. d. W.: 3 Uhr bei Daber, Mollteplag.

Montag, 1. Mai:

Bierfen: Bei Sahn, „Zum Kaiser Karl“, Kaiserstraße. — Sonneberg: 12½ Uhr bei Witwe Bauer, Grüntal.

Dienstag, 2. Mai:

Ehlingen. — Nürnberg (Wäcker): 5½ Uhr, „Historischer Hof“. — Passau: „Zum goldenen Vär“, Große Klingergasse. — Regensburg: „Zur Schillerlinde“, Glockengasse B 31. — Rudolstadt: 8½ Uhr, „Zum Gambrianus“. — Stendal: 6 Uhr bei Grothe, Elisabethstr. 3.

Mittwoch, 3. Mai:

Hamburg-Altona (Seefahrer): 8 Uhr bei Pfeifer, St. Pauli, Silberstraße 15. — Plattling: 2 Uhr bei Joseph Ertel, Gasthaus „Malerbräu“. — Schwabach: Bei Hoffmann, „Zum Walfisch“. — Weilar: 3 Uhr bei Reinhard, Silhofers- straße.

Donnerstag, 4. Mai:

Berchtesgaden. — Bielefeld (Fabrikbranche): Restaurant Stodbrügge, Turnerstraße. — Danzig: Bei Schag, Fischmarkt 6. — Forst i. d. L.: Bei Lademann, „Zur Ge- richtslaube“, Bahnhofstr. 26. — Freiburg i. Br. (Sektion I): 3 Uhr, „Zur Stadt Neuworf“, Talstr. 11. — Guben: „Zum Fürst Blücher“, Zindelpfad. — Lützenwalde: 5 Uhr im Gewerkschaftshaus, Deetiger Straße.

Sonabend, 6. Mai:

Freiburg i. Br. (Konditoren, Sektion II): 8 Uhr in der „Leffingstube“, Hummelstraße. — Karlsruhe (Fabrikbranche): 8½ Uhr, Kaiserstr. 13. — London: 8 Uhr im C. A. B. B., 107 Charlotte Street, W, 1. Et. — Lidenfeld: 8½ Uhr im „Raiskeller“, Herzogstr. 3. — Stettin (Konditoren und Tagbäcker): Bei Albert Liptow, König-Albert-Straße 43.

Sonntag, 7. Mai:

Brandenburg: Vorm. 11 Uhr, „Deutsches Haus“, Stein- straße 32. — Braunschweig (Wäcker): 3½ Uhr im Hotel „Füstenhof“, Stobenstraße. — Bremerhaven: 3 Uhr im Gewerkschaftshaus. — Chemnitz: 3 Uhr, „Zur Sängerloge“, Logenstraße. — Coburg: Im Restaurant „Neue Welt“. — Erfeld: „Zum Museum“, Karlsplatz. — Dortmund: 3 Uhr im Gewerkschaftshaus, Leffingstraße. — Duisburg: 3 Uhr im Böllers Bierhalle, Beckstraße. — Düsseldorf: Vorm. 11 Uhr im Volkshaus. — Frankfurt a. d. O.: Im Gewerkschafts- haus, Oderstr. 51. — Geesthacht: 3½ Uhr bei Ernst Otto, Herberge, Bergedorfer Straße. — Hof: Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus. — Silberheim: Vorm. 10 Uhr im Ge- werkschaftshaus, Gosenstr. 23. — Limbach i. S.: 3 Uhr in der „Karlsburg“, Karlsstr. 14. — Lübeck: 3 Uhr im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50. — Meuselwitz: 3 Uhr, „Deutscher Kaiser“. — Potsdam: 2 Uhr bei Pruschkinski. — Rostock: 2½ Uhr, Beguinenberg 10. — Schmöln: 2 Uhr in der „Germania“, Grimmitzauer Straße. — Suhl: 3 Uhr in Dombergs „Anficht“. — Tangermünde: 3 Uhr im „Kaiser- hof“, Lange Straße 47. — Ulm: 3 Uhr im Restaurant „Hohentwiel“. — Wegefall: 4 Uhr bei Brimmer, Gerhards- Hofstr. 55. — Weimar: 3 Uhr im Volkshaus.

Für die Redaktion verantwortlich: Felix Weidler, Hamburg, Besen- bindehof 57. — Verlag von D. Almann, Hamburg. — Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.